

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung

FRIEDRICH AUGUST VON DER HEYDTE

Zur Problematik des Verfassungsschutzes in der Demokratie

Man hat die Zeit in der wir leben, das Zeitalter der Sekurität genannt: Mit dieser Etikettierung wollte man ausdrücken, daß der Begriff der Sicherheit heute im Mittelpunkt menschlichen Lebens und Strebens, Denkens und Wollens steht. Das 19. Jahrhundert war demgegenüber eine Epoche der Libertät: Damals schien die Freiheit — Freiheit in jeglicher Form — einer der zentralen Begriffe in der Gedankenwelt der Zeitgenossen zu sein. Der Mensch des 19. Jahrhunderts kämpfte stets in irgendeiner Form für die Freiheit: bald im wirtschaftlichen, bald im sozialen, bald im politischen Bereich. Im Zeichen dieses Kampfs um die Freiheit stand der frühe Nationalismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Weil er ein Nationalismus im Zeichen der Freiheit und nicht ein Nationalismus der Sicherheit war, deshalb unterscheidet er sich so grundlegend von unserem heutigen Nationalismus. Der Nationalismus des frühen 19. Jahrhunderts war im Grunde international: Er stellte nicht Nation gegen Nation, sondern er einigte alle Nationen gemeinsam im Kampf „in tyrannos“, gegen die Unterdrücker aus fremdem oder vielleicht auch aus dem eigenen Volk. Der Aufstand der Nationen gegen Napoleon, die Polen- und Griechenbegeisterung in Deutschland, Frankreich und England in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts sind Äußerungen dieses „internationalen“ Nationalismus. Die Begriffe der „Freiheit“, der „Nation“ und des „Staats“ als einer Organisationsform dieser „Nation“ — Form einer Gestaltung in der „Freiheit“ — waren für die damalige Zeit drei Begriffe, die zusammengehörten. Der Unterschied zwischen dem Denken jener Epoche und unserem heutigen Denken wird uns klar, wenn wir hören, daß an der Universität München, die damals in den 30er Jahren kaum mehr als 2 000 Studenten hatte, an 200 Studenten — also fast jeder Zehnte — sich freiwillig gemeldet haben, um in Griechenland für die Freiheit des griechischen Volkes „in tyrannos“ zu kämpfen — und wenn wir uns dann weiter überlegen, wieviel Studenten sich heute an einer gleich großen Universität melden würden, um etwa für die Freiheit des griechischen Volkes zu kämpfen, wenn es wieder durch eine Gefahr aus dem Osten bedroht wäre.

Die Freiheit, die dem beginnenden 19. Jahrhundert ein so erstrebenswertes Ideal, ein so hoher Wert schien, daß der Mensch glaubte, für sie eintreten zu müssen, wo immer sie bedroht war, war ihrem Wesen nach personale Freiheit: Freiheit der einzelnen Person als eines sittlichen Wesens. Freiheit und Person sind Begriffe, die zusammengehören. Personale Existenz ist das „Heraustreten“ aus einem bloßen, sinnlosen „Vorhandensein“ in sinnvolles „Dasein“; und zu dieser personalen Existenz gelangt der Mensch nur dadurch, daß er die Möglichkeit hat, sich frei zu entscheiden und in dieser freien Entscheidung zu sich selbst zu finden, sich selbst zu setzen. Freie Entscheidung zwischen selbst erlebten,

selbst entworfenen und selbst gelebten Möglichkeiten macht das „vorhandene“ Individuum erst zur „existenten“ Person: Erst diese freie Entscheidung führt hinaus aus dem Raum des bloßen Vorhandenseins in den eines sinnvollen Daseins.

Jede bewußte Begegnung mit dem „Andern“, mit dem „Du“, in der das „Ich“ sich erlebt, wird zu solcher freien Entscheidung und setzt damit Freiheit voraus oder verlangt sie. Auch die Begegnung im Tod wird letztlich bestimmt und gestaltet durch eine freie Entscheidung im Leben: Ja, jeder bewußte, erlebte Augenblick eines Lebens ist solche vorweggenommene Entscheidung der Begegnung im Tod und damit freie Entscheidung — eine Entscheidung in der letzten Freiheit, die dem Menschen gegeben ist. Ohne Freiheit gibt es keine Person, ohne Freiheit kein sinnvolles

INHALT DIESER BEILAGE:

Friedrich August von der Heydte:

„Zur Problematik des Verfassungsschutzes
in der Demokratie“

Lewis L. Strauss:

„Atomenergie muß Segen der Menschheit
werden“ (S. 459)

Michael Prawdin:

„Die Lebensalter im politischen und
öffentlichen Leben“ (S. 463)

Dasein. Jeder Determinismus bleibt beim bloßen Individuum und damit letztlich im bloßen, sinnlosen Vorhandensein stecken.

Der Einzelne steht — auch und gerade als Person — in der Gemeinschaft: Und auch diese Gemeinschaft wird vom Begriff der Freiheit her, der das Denken der Menschen erfaßt und erfüllt, neu gestaltet. Freiheit, personale Freiheit, ist der zentrale Begriff der Demokratie, die eben gerade deshalb in dieser Zeit des beginnenden 19. Jahrhunderts eigentlich entstanden ist — wenigstens in dem Sinn, in dem wir heute dieses Wort gebrauchen. Freiheit und Einzelperson sind die Ausgangspunkte demokratischen Denkens. Demokratisches Denken und demokratischer Lebensstil gehen vom einzelnen Menschen aus. In ihrem Mittelpunkt

steht der Mensch als sittliche Persönlichkeit: Der Mensch in seiner Freiheit zu verantworten oder wenigstens mitzuverantworten, wie sich sein Leben gestaltet; in ihrem Mittelpunkt steht die Achtung vor dieser Persönlichkeit in ihrer Freiheit und in ihrer Würde. Für demokratisches Denken hat jeder Mensch eine Freiheitssphäre, in der sich seine Persönlichkeit entfaltet und in die einzugreifen auch dem Staat verwehrt ist. Ohne solchen staatsfreien Raum gibt es keine echte Demokratie, und infolgedessen sind Demokratie und Totalitarismus des Staates, d. h. ein Denken, bei dem der Staat in alle Lebensbereiche des Menschen eingreift, schlechterdings miteinander unvereinbar.

Weil jedes demokratische Denken von der Freiheit ausgeht und von der Einzelperson, deshalb hat in diesem Denken jeder Mensch in der Gemeinschaft das Recht zur Kritik: Ein Recht, das er in der verschiedensten Form, mit Stimmzetteln bei Wahlen und Abstimmungen, in der Presse, in der öffentlichen Rede, in Versammlungen und Vereinen, kurz: in irgendeiner Form ausüben kann. Wer Demokrat ist, der ist — um mit Goebbels zu sprechen, der genau wußte, warum er gerade diesen Typ von Menschen so stark bekämpft hat — der geborene „Kritikaster“; der ewige „Jasager“ hingegen, der getreue Mitläufer, der brave, regierungsfremde „Nickesel“, ist der geborene Antidemokrat. Nur, wenn wir die Demokratie als einen solchen Lebensstil erfassen, der aus dem Denken in der Freiheit und dem Denken in der Einzelperson heraus erst entstanden ist und aus diesem Denken sich immer neu wieder seine Kraft sucht, werden wir der Demokratie gerecht.

Das spätere 19. Jahrhundert, als eine Zeit des Determinismus, verstand weder das Wesen der menschlichen Freiheit noch auch das Wesen der

menschlichen Person. Es trennte die Begriffe sowohl der Freiheit wie der Person vom lebenden einzelnen Menschen, dem sie notwendig zugeordnet sind, und verband diese Begriffe mit sozialen Gegebenheiten menschlicher Beziehungen, in die es den Menschen notwendig hineingestellt sah und von denen es glaubte, daß sie sich dem Menschen schicksalhaft auflegten: Es verband die Begriffe der Freiheit und der Person mit den Gegebenheiten des Volks, der Klasse, des Staates. Nur diese sozialen Gegebenheiten schienen ein echtes und sinnvolles Dasein zu haben; innerhalb dieser Gegebenheiten nur war der einzelne Mensch vorhanden. Die Seinsgesetze dieser sozialen Gegebenheiten bestimmten unabänderlich seinen Weg.

Dieser Determinismus vernichtete den Begriff der Freiheit, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Mittelpunkt des menschlichen Denkens stand. Er ersetzte die personale Freiheit durch eine andere Freiheit: Die Freiheit des Volks, oder die Freiheit der Klasse, oder die Freiheit eines Staates trat an die Stelle der sittlichen Freiheit des einzelnen Menschen; sie mußte an ihre Stelle treten, da die Person des Staates, die Person des Volkes oder die Person auch der Klasse in der Vorstellungswelt der Zeit die Stelle der Einzelperson eingenommen hatte. Wir alle haben die furchtbare, letzte Konsequenz dieses veränderten Denkens an uns selbst erlebt; wir haben es schauernd in einer Zeit erlebt, in der im Namen der Freiheit eines Volkes, einer Klasse, eines Staates Millionen ihrer Freiheit beraubt, geknechtet, vernichtet wurden und in der, um die Person des Staates oder des Volkes zu erhöhen, Millionen Menschen für den Staat geopfert, die personale Würde von Millionen mißachtet und in den Schmutz gezerrt wurde.

Die große Krankheit unserer Zeit

Die Freiheit, die Erfüllung der Person sein sollte, wandte sich damit gegen die Person: Sie vernichtete die Person. Gegen diese schreckliche Freiheit, die ja nicht ihre Freiheit war, sondern die Freiheit eines Kollektivs, das sich zu erfüllen suchte, suchte die Person, suchte der Mensch Sicherheit. Er wehrte sich gegen diese Freiheit und verlangte nach Sicherheit gegen diese grausame Freiheit, die ihn versklavte. Die Entartung des Freiheitsbegriffs, die durch die Trennung von Freiheit und Einzelperson entstanden war, machte den Begriff der Sicherheit zum Zentralbegriff im Denken eines Menschen, dessen personale Freiheit von Vernichtung bedroht war, seit an Stelle der Lehre von einem personalen Gott, der personale Freiheit gewährte, das Evangelium von neuen Göttern in der Welt gepredigt wurde: Das Evangelium von der Nation, von der Klasse, vom Staat, Götter, denen allein in dieser neuen Lehre Freiheit zuzukommen schien.

An die Stelle des libertären Denkens des 19. Jahrhunderts trat damit im 20. Jahrhundert ein sekuritäres Denken. Während in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der Mensch bereit war, um der Freiheit in irgendeiner Form willen — ja selbst um einer Freiheit willen, die nicht seine eigene war, sondern die Freiheit anderer Menschen — seine ganze Sicherheit zu opfern, weil ihm ein bißchen Freiheit wertvoller schien als jede Sicherheit, sind — wir wissen es und haben es leider selbst nur allzu oft erlebt! — heute Allzuvielen bereit, um der Sicherheit willen — um ihrer eigenen Sicherheit willen — die ganze Freiheit hinzugeben: und nicht nur ihre eigene Freiheit, sondern auch die Freiheit anderer Menschen, weil sie ein bißchen Sicherheit — wirtschaftliche Sicherheit, politische Sicherheit, soziale Sicherheit — höher werten als jede Freiheit.

Dieses Sicherheitsdenken und dieses Sicherheitsstreben ist die große Krankheit, das große Rückenmarksleiden unserer Zeit. Jedes totalitäre System, das wir erlebt haben und noch erleben, jede moderne Despotie ist nichts anderes als die Frucht, die furchtbare Frucht dieser Krankheit. Sie kennen alle aus der nationalsozialistischen Zeit das Verslein: „Ein Bäumchen stand am Waldesrand, es war organisiert, es war im NS-Waldverband, damit ihm nichts passiert“. Dieses Verslein drückt letztlich nur die Tatsache aus, daß der Nationalsozialismus nichts anderes war als eine kühne, aber nur allzu gut gelungene Spekulation auf das Sicherheitsbedürfnis des Deutschen — auf das Sicherheitsbedürfnis zu nächst — aber durchaus nicht nur — des deutschen Spießers, sondern auch

vieler anderer guter Deutscher; auf das Sicherheitsbedürfnis deutscher Hochschulprofessoren, deutscher Generäle, deutscher . . . — ja welche Schicht kann von sich sagen, sie habe nicht aus diesem Sicherheitsbedürfnis heraus zu der einen oder der anderen totalitären Maßnahme „ja“ gesagt in einer Zeit, in der überall in den Straßen deutscher Großstädte die Hakenkreuz-Fahnen hingen.

Und heute: wie ist es heute? Heute setzt der Bolschewismus seine Hoffnung auf einen Erfolg im jetzt noch freien Westen nicht bloß — vielleicht überhaupt nicht — auf die geringe Zahl aktiver, kommunistischer Kämpfer, sondern leider viel mehr — und vielleicht nur — auf die weit größere Zahl der Rückversicherer, die ihre Sicherheit durch das, wie es ihnen scheinen will, kleinere Opfer — für ein wenig hingeebene Freiheit — zu erkaufen bereit sind.

Dieses Sicherheitsdenken hat den Menschen nicht nur insoweit erfaßt, als er in seiner eigenen Sphäre, in seinem persönlichen Lebensbereich denkt. Auch wenn der Mensch von heute im Staat und an den Staat denkt, denkt er unwillkürlich fast gleichzeitig an die Sicherheit dieses Staates. In meinem kurzen Referat kann ich diese Tatsache hier nur andeuten; es ist für den Staatsrechtler sehr interessant zu verfolgen, wie das Problem der Sicherheit in den letzten 30, 40 Jahren langsam zum zentralen Problem des Staatsdenkens überhaupt geworden ist. Der Staat an sich, darüber hinaus die augenblicklich geltende Ordnung dieses Staates, seine Verfassung, sein Recht sollen gesichert werden.

Die modernen Despoten haben diese Sicherheitstendenz im politischen Raum sehr rasch erfaßt und sie haben es verstanden, daraus ihren Nutzen zu ziehen. Der legitime Begriff der Staatssicherheit wurde für sie zum Mäntelchen, um ihre illegitime Gewaltherrschaft damit zu decken und jede Freiheitsregung im Keim zu ersticken. Und wenn der gute Demokrat des Westens schauernd festgestellt hat und immer noch feststellt, was an Verbrechen im Zeichen dieser Staatssicherheit alles geschieht, muß er vom Osten den höhnischen Vorwurf hören: „Was willst Du eigentlich? Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig! Ihr sorgt auf eure Weise für die Sicherheit eures Staats; ihr müßt schon gestatten, daß wir für die Sicherheit unseres — des despotischen, des kommunistischen — Staats auf unsere Weise sorgen!“.

Dem Herrn sei's geklagt: wir können im demokratischen Westen solchem Einwand des Ostens nicht viel entgegenen. Leider hat mancher

Politiker auch im Westen vergessen, worin eigentlich die Sicherheit des demokratischen Staates beruht; und deshalb scheint es mir nötig, daß wir von Zeit zu Zeit uns überlegen, wodurch denn eigentlich die Demokratie gesichert werden kann.

Das Sicherheitsdenken, von dem ich sprach, hat im Grunde zu einer latenten Krise der Demokratie geführt; denn keine Demokratie durfte auf dem Begriff der Sicherheit aufbauen, sondern, wie ich versucht habe zu zeigen, nur auf dem Begriff der Freiheit. Weil am Anfang echter Demokratie die Freiheit steht — und zwar eine ganz bestimmte, nämlich die personale Freiheit — und weil diese Freiheit eine Freiheit des Willens ist, eine Freiheit der sittlichen Entscheidung und Verantwortung, deshalb muß jede demokratische Institution auf Frei-Willigkeit gründen. Nicht staatlichem Zwang, sondern der Freiwilligkeit persönlicher Initiative — der Freiwilligkeit, die getragen wird von dem sittlichen Verantwortungsbewußtsein, der einzelnen Persönlichkeit — verdanken alle demokratischen Einrichtungen, die diesen Namen wirklich verdienen, ihr Dasein. Dies ist keine Erkenntnis von gestern oder heute. Vor 150 Jahren glaubten einige Franzosen schon deshalb gute Demokraten zu sein, weil sie in gleicher Weise Napoleon wie die Bourbonen ablehnten — ähnlich wie heute einige Leute glauben, es genüge schon zum guten Demokraten, antikommunistisch und antinazistisch zu

sein. Diesen „guten“ Demokraten seiner Zeit hat Tocqueville, der französische Staatslehrer, vor 140 Jahren gezeigt, daß das Wesen der Demokratie diese Frei-Willigkeit sei, die persönliche Initiative des Einzelnen, sein Verantwortungsbewußtsein im politischen Raum. Daß zur Demokratie wesensnotwendig diese Frei-Willigkeit und dieses Verantwortungsbewußtsein gehören, das macht die Verwirklichung der Demokratie so schwer: denn Frei-Willigkeit und Verantwortungsbewußtsein können nie durch Gesetze, nie durch eine Verfassung geschaffen werden; und sie können noch weniger durch Gesetze oder durch eine Verfassung ersetzt werden; im Gegenteil: Jeder gesetzliche Zwang steht ihnen im Wege. Zwischen Gesetzeszwang und Demokratie besteht eine unaufhebbare Spannung. Gesetze, die so tun, als ob sie durch den Zwang des Staates die Demokratie sichern wollten, unterbinden in Wirklichkeit durch diesen Zwang die Entwicklung einer echten Demokratie.

Ich will unsere heutigen Gesetze nicht mehr kritisieren, als sie Kritik verdienen! Manche dieser Gesetze sind in ihrem Wesensinhalt demokratisch; doch manch anderes Gesetz — und mancher Artikel des Grundgesetzes — führt uns bedenklich nahe an die Als-ob-Demokratie heran, von der Tocqueville schon spricht und die ein geistreicher Journalist unserer Tage „Demokratur“ genannt hat.

Demokratie im Grunde immer gefährdet?

Ich habe eben gesagt, daß zum Wesen der Demokratie die Kritik gehöre, weil der zentrale Begriff der Demokratie die Freiheit sei. Diese Kritik findet jedoch, da ihre Wurzel die personale Freiheit ist, die die Demokratie dem Einzelnen gewährleistet, auch im Wesen dieser Freiheit, d. h. also auch in der Selbstverantwortung, ihren Maßstab und ihre Grenze. Kritik, die nicht auf sittlicher Verantwortung gründet, verantwortungslose Kritik, kann niemals demokratische Kritik sein! In dem Augenblick aber, in dem der Freiheitsbegriff nicht mehr der zentrale Begriff einer Demokratie ist, hat die Kritik in dieser Demokratie ihren Maßstab und ihre Grenze verloren; sie hat das Maß verloren, das ihr die Freiheit gibt, und es bleibt dann nur die maßlose Kritik übrig oder aber — aus dem Sicherheitsbedürfnis des Staates heraus — die Unterbindung der Kritik durch das Gesetz, das das verlorene Maß vergeblich zu ersetzen sucht.

Hans Kelsen hat in einer kleinen Schrift, die 1932 gerade noch rechtzeitig erschien, um auf dem Scheiterhaufen nationalsozialistischer Bilderstürmer verbrannt zu werden, die These aufgestellt, daß die Demokratie im Grunde immer gefährdet sei: Stets kämen in einer Demokratie antidemokratische Strömungen auf, deren Adepten bereit sind, mit undemokratischen Mitteln die Demokratie zu vernichten. Solchen Strömungen gegenüber habe, so sagt Kelsen, die Demokratie im Grunde nur die Wahl, entweder sie gewähren zu lassen und damit dann mit offenen Augen in den Tod zu gehen: denn undemokratische Mittel werden stets

die Demokratie vernichten können; oder aber die Demokratie müsse es auf sich nehmen, diese antidemokratischen Strömungen mit undemokratischen Mitteln zu bekämpfen, d. h. mit den gleichen Mitteln, die gegen sie angewandt werden. Dann werde zwar formal noch die Demokratie gerettet, aber sie habe sich gerade durch die Anwendung dieser undemokratischen Mittel selbst verraten — gewissermaßen Selbstmord verübt — und diesen Selbstmord nur dem Todesstoß vorgezogen, den ihre Feinde gegen sie führen wollten. Wäre diese These richtig, die Kelsen selbst zu widerlegen versuchte, dann wäre letztlich jede Demokratie von vornherein dem Untergang geweiht. Sie wäre ihrem Wesen nach ein Übergangsregime: der Übergang von einer Despotie zur anderen. Vor wenigen Tagen erst versuchte mir ein spanischer Kollege, den ich sprach, an Hand der Geschichte seines Landes diese Übergangsfunktion der Demokratie zu beweisen; er bediente sich der gleichen Argumente, die auch Kelsen gebrauchte. Die klassische Lehre, die in der Diktatur wesensmäßig einen Übergang sah, eine vorübergehende Notlösung in Krisenzeiten des Staates, um eine andere dauernde Staatsform zu retten, wird dadurch geradezu ins Gegenteil verkehrt.

Ich sagte schon: Kelsen selbst hat an der geschichtlichen Richtigkeit dieser zunächst verblüffenden und scheinbar überzeugenden These gezweifelt und sie zu widerlegen sich bemüht; und es scheint mir noch heute eine lohnende und notwendige Aufgabe, sie auf ihre Begründetheit und ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen.

Autorität und Zwang

Im Begriff der politischen, vor allem der staatlichen Macht sind stets zwei Komponenten enthalten: Autorität und Zwang — oder, um in der Sprache der mittelalterlichen Theorie zu sprechen, die diese Tatsache viel klarer erkannt hat als spätere Zeiten: auctoritas und potestas. Was Zwang ist, brauche ich nicht weiter zu erläutern; das weiß in Deutschland heute jeder. Ich darf aber doch mit einigen Worten sagen, worin das Wesen der Autorität besteht. Autorität ist ein „Anerkannt-werden“ und ein „Anerkannt-sein“: Grundlage der Autorität ist die freiwillige Anerkennung sei es einer bestimmten Ordnung, sei es einer bestimmten Persönlichkeit in ihrer Stellung durch alle die, die mit dieser Ordnung oder mit dieser Persönlichkeit in Berührung kommen, indem sie ihnen unterstellt oder neben sie gestellt werden. Autorität darf mit Popularität nicht verwechselt werden: Nicht alles, was populär ist, besitzt Autorität: nicht jede Autorität ist populär. Autorität ermöglicht im Gegenteil manchmal auch eine unpopuläre Maßnahme.

Diese beiden Komponenten — Autorität und Zwang — machen, ich möchte sagen, das Gesamtvolumen der Macht aus; wenn eine dieser beiden Komponenten abnimmt, muß entweder die Macht an sich geringer werden oder aber die andere Komponente zunehmen, um das gleiche Machtvolumen zu erhalten. Mit anderen Worten: Will ich die Macht im Staat gleich stark erhalten, muß ich jeden Verlust an Autorität durch ein Mehr an Zwang ersetzen; umgekehrt ermöglicht jeder Gewinn an Autorität den Abbau des Zwangs.

Ein Mindestsatz von jeder Komponente muß in jedem Machtvolumen enthalten sein: Es gibt keine politische, es gibt keine staatliche Macht ganz ohne Zwang, und es gibt keine politische und keine staatliche Macht ganz ohne Autorität. Keine Herrschaft kann ganz des Polizisten und des Büttels entbehren; jede Herrschaft braucht eine kleine Spur freiwilliger Anerkennung durch die Beherrschten. Politische Herrschaft, die sich nur auf Zwang gründet und die nicht einmal mehr im engen Kreis der näch-

sten Gefolgsleute eines Despoten diese freiwillige Anerkennung findet, ist notwendig dem Untergang geweiht.

Je nach der Verteilung dieser beiden Komponenten der Macht, von denen ich gesprochen habe, je nach der Verteilung also von Zwang und Autorität in einem Staat ist Herrschaftsform und Lebensstil dieses Staates verschieden. Demokratie ist, so scheint mir, nur dort vorhanden, wo die Autorität überwiegt und der Zwang nur eine Ergänzung dieser Auto-

rität ist. Demokratie muß auf freiwilliger Anerkennung aufbauen, sonst ist sie keine Demokratie mehr. Mit anderen Worten: Jede Demokratie ist so stark wie die Autorität, die sie besitzt, — so stark wie die freiwillige Anerkennung, die sie bei den Bürgern findet; und jede Demokratie ist schon in dem Augenblick ihrem Wesen nach verloren, in dem der Zwang, den sie ausüben muß, um sich noch zu erhalten, diese Autorität, diese freiwillige Anerkennung, zu überholen beginnt.

Ein ständiges Ringen um Autorität

Demokratische Staatsführung ist deshalb im letzten Grund ein beständiges Werben um diese freiwillige Anerkennung — ein Werben bei all denen, die im Staat leben; demokratische Staatsführung ist ein ständiges Ringen um Autorität. Die freiwillige Anerkennung durch die Geführten ist für eine demokratische Staatsführung so notwendig wie für den Fisch das Wasser: Solange sie demokratisch bleiben will, kann sie ja einen Verlust der Autorität nur bis zu einem gewissen Grad durch Zwang ersetzen. Sinkt die Autorität derart, daß im Gesamtvolumen der Macht der Zwang mehr Raum einnimmt als die Autorität, so steht die demokratische Staatsführung vor der verzweifelten Alternative, entweder dem Zwang einen größeren Raum einzuräumen und damit wesensmäßig auf die Demokratie zu verzichten oder aber ihr Machtvolumen zu verkleinern und damit den Staat selbst zu gefährden.

Dies ist die eigentliche Alternative, vor die die Demokratie gestellt ist; nicht jene andere, von der ich eben sprach. Freilich: Gerade in der Demokratie ist es ungeheuer schwer, um Autorität zu werben, weil ja — wie ich eingangs sagte — an der Autorität gerade der demokratischen Staatsführung ständig die Kritik nagt, eine Kritik, die eben zum Wesen dieser Demokratie gehört. In dieser Spannung zwischen der freien demokratischen Kritik und der Notwendigkeit, sich Autorität zu schaffen, steht jede demokratische Führung.

Wenn in einer Demokratie antidemokratische Strömungen auftauchen und Menschen bereit sind, diese antidemokratischen Strömungen mit undemokratischen Mitteln durchzusetzen, dann bleibt der Demokratie zu ihrer Sicherung und zur Sicherung des Staates nur die Möglichkeit, der Gewalt, die ihre Feinde anwenden, die freiwillige Anerkennung durch ihre Freunde entgegenzusetzen; sie darf zur Bekämpfung dieser Gewalt selbst nicht mehr Zwang ausüben, als ihr diese freiwillige Anerkennung gewährt.

Ich höre Ihren Einwand — einen Einwand, der uns immer wieder begegnet: „Man kann Terror nur durch Terror bekämpfen: Die Weimarer Republik ist an ihrer Schwäche zu Grunde gegangen; sie wurde die Beute ihrer Feinde, weil sie nicht gewagt hat, gegen sie rücksichtslos Zwang anzuwenden“. Solchem Einwand muß ich widersprechen. Aller Zwang hätte die Weimarer Republik nicht gerettet. Die Weimarer Republik ist letztlich daran gescheitert, daß sie zu wenig freiwillige Anerkennung im Volk fand. Sie ging unter, weil sie nicht verstand, um diese freiwillige Anerkennung, um diese Autorität, zu kämpfen und zu ringen.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich predige nicht ein Evangelium der Gewaltlosigkeit im demokratischen Staat. Ich bin mir dessen bewußt, daß auch der demokratische Staat unter Umständen gegen seine Feinde Gewalt anwenden muß; aber er muß immer dafür sorgen, daß der Zwang im rechten Verhältnis zu der Autorität steht, die diese Demokratie besitzt. Und wenn deshalb in einer Krisenzeit — in Tagen, in denen antidemokratische Strömungen wuchern wie Pilze nach einem Sommerregen und die Feinde der Demokratie sich anschicken, nach der Macht zu greifen — die Demokratie diese Strömungen und diese Feinde mit Zwang bekämpfen will, dann muß sie zuerst ihre Autorität und ihre Stellung im Herzen der Staatsbürger festigen; sie muß zuerst um freiwillige Anerkennung werben und in diesem Kampf um das Herz des einzelnen Bürgers alle Mittel anwenden, bevor sie sich zum Zwang entschließt: Der Zwang, den sie anwenden will, muß in der freiwilligen Anerkennung seine sittliche Begründung finden. Nur unter dieser Voraussetzung läßt sich die personale Freiheit, die den Kern jedes demokratischen Denkens und jeden demokratischen Lebensstils bildet, durch staatlichen Zwang sichern.

Ich darf zusammenfassen: Die Sicherung unseres, die Sicherung des demokratischen Staates, ruht auf zwei Säulen: zuerst auf der Autorität, die dieser Staat bei seinen Bürgern besitzt, auf der freiwilligen Anerkennung, die er findet und erst an zweiter Stelle auf irgendwelchen Mitteln staatlichen Zwangs. Infolgedessen hat in jedem demokratischen Staat, auch in der Bundesrepublik, das Problem der Staatssicherheit — oder das Problem des Verfassungsschutzes, wie es bei uns jetzt heißt — zwei Seiten: Es ist zunächst ein Problem der Stärkung der Autorität dieses Staates, und erst in zweiter Linie das Problem der Unterdrückung staatsfeindlicher Kräfte und der vorbeugenden Verhinderung verfassungsfeindlicher Akte. Dem repressiven und präventiven Verfassungsschutz, dessen Aufgabe es ist, den Terror staatsfeindlicher Verschwörergruppen zu bekämpfen und Hochverratshandlungen zu verhindern, muß der konstruktive Verfassungsschutz notwendig vorausgehen und ständig ergänzend zur Seite stehen — jener konstruktive Verfassungsschutz, dessen Aufgabe es ist, das freiwillige „Ja“ des einzelnen Staatsbürgers zu dem, was der Staat tut, zu gewinnen. In der Bejahung des demokratischen Staates durch die große Mehrheit seiner Bürger liegt seine eigentliche Sicherung. Das gilt auch für die Sicherung unseres Staates. Geheime Postüberwachung, Abhören von Telefongesprächen, Tonbandaufnahmen von privaten Unterhaltungen und ähnliche Mätzchen sind nicht nur ihrem Wesen nach keine demokratischen Mittel: Sie sind darüber hinaus auch ungeeignet und unfähig, die Demokratie zu sichern. Sie gefährden sie vielmehr: Denn sie führen den Einzelnen, der von diesen Mitteln betroffen wird, zur Staatsverneinung statt zur Staatsbejahung.

Allerdings: Um diese Staatsbejahung muß der demokratische Staat jeden Tag immer wieder von neuem ringen. Die Demokratie ist im Grunde ein ungeheueres Wagnis — sie ist das Wagnis der personalen Freiheit im politischen Raum. Jede Freiheit ist für den, der sie gewährt, ein Wagnis; das Urbild aller anderen Freiheit — die Freiheit, die Gott dem Menschen gegeben hat — ist ein so unendlich kühnes Wagnis, daß nur ein Gott sie wagen konnte! Und dieses wahrhaft göttliche Wagnis der menschlichen Freiheit zwingt seit der Erschaffung des Menschen Gott immer wieder, um den Menschen zu ringen; Gott kämpft um den Menschen — um den Menschen, dem er es freigestellt hat, sich auch gegen ihn, gegen den Gottessinn und für seinen Eigensinn zu entscheiden. Verzeihen Sie den Vergleich, der durchaus nicht blasphemisch gemeint ist: Auch die Demokratie wird durch das Wagnis, das sie darstellt — durch das Wagnis der politischen Freiheit, der personalen Freiheit im politischen Raum — gezwungen, immer wieder um den einzelnen Menschen zu kämpfen, der sich — das gehört ja zum Wesen der Demokratie — auch gegen die Demokratie, etwa für die Despotie entscheiden kann. Wer nicht den Mut zu diesem Wagnis der Demokratie hat und die Kraft zum Kampf um den einzelnen Menschen, der soll lieber die Finger von der Demokratie lassen; er kommt doch höchstens nur bis zur Demokratie.

Der Weg, auf dem der einzelne Bürger bei der wahren Demokratie von der ihm gewährten Freiheit im politischen Bereich Gebrauch macht, führt notwendig über die politischen Parteien als die eigentlichen Handlungseinheiten, als das Sprachrohr des Bürgers, der sich aktiv im Staat betätigen will. Demokratische Freiheit bedeutet deshalb in erster Linie Parteienfreiheit: Freiheit, politische Parteien zu gründen; Freiheit, politischen Parteien beizutreten; Freiheit des Einzelnen, in politischen Parteien und für politische Parteien zu arbeiten und zu werben. Ein Staat, der diesen Grundsatz der Freiheit der Parteien — sei es, was ihre Gründung, sei es, was ihren Beitritt, sei es, was ihre Tätigkeit anlangt — verletzt, kann sich kaum mehr als Demokratie bezeichnen. Im demokratischen Staat ist die Freiheit der politischen Parteien die erste Bürgerschaft

der Demokratie. Allerdings: Freiheit bedeutet nicht Schrankenlosigkeit. Es gehört zum Wesen jeder Freiheit, daß ihr irgendwelche Grenzen gesetzt sind; Freiheit ist nur in einer bestimmten Ordnung möglich; ohne Ordnung wird jede Freiheit zur Willkür.

Das gilt auch für die Freiheit der politischen Parteien im demokratischen Staat. Der demokratische Staat kann von den politischen Parteien verlangen, daß sie ihn wenigstens in seiner Existenz und in seinen existentiellen Grundlagen bejahen; was er hingegen nicht verlangen darf, ist, daß die politischen Parteien die bestehende Verfassung als die einzig mögliche, als die beste, oder auch nur als eine gute ansehen. Der demo-

kratische Staat kann Parteien nicht verbieten, wenn sie versuchen, auf demokratischem Weg eine Verfassungsänderung zu erreichen. Die politischen Parteien auf die bestehende Verfassung zu vereiden und sie an diese bestehende Verfassung zu binden, wäre undemokratisch. Der demokratische Staat muß jedoch verlangen können, daß die Parteien eine solche Verfassungsänderung nur auf einem Weg zu erreichen versuchen, der dem Grundgedanken der Demokratie, d. h. dem Prinzip der personalen Freiheit des Einzelnen entspricht; er muß weiter verlangen können, daß durch eine solche Verfassungsänderung dieser Gedanke der personalen Freiheit, als Grundlage der Demokratie überhaupt, auch in der neuen Verfassung nicht angetastet wird.

Die politischen Parteien, ein unentbehrliches Mittel

Man hat — meist mit einem keineswegs berechtigten abwertenden Ton — die moderne Demokratie eine Parteiendemokratie genannt. Diese Bezeichnung ist Ausdruck für die Erkenntnis, daß die Parteien in der modernen Demokratie eine zentrale Rolle spielen. Die moderne Demokratie verwirklicht sich durch die Parteien; jede Krise der Parteien führt notwendig zu einer Krise der Demokratie; konstruktiver Verfassungsschutz bedeutet in der modernen Demokratie mindestens auch konstruktiver Schutz des Parteilebens. Dazu gehört das Heranführen des einzelnen Staatsbürgers an die Parteien und das Heranführen der Parteien an ihre großen Aufgaben im Staat.

Die Partei erscheint in der Demokratie nicht nur als notwendige Handlungseinheit, die dem Einzelnen überhaupt erst die schöpferisch-initiativ gestaltende, über eine bloße Ablehnung oder Zustimmung hinausgehende Teilnahme an der Bildung des Gemeinschaftswillens ermöglicht; sie ist nicht nur durch die Aufstellung der Kandidaten und des Programms Organ der Wahlvorbereitung; sie ist nicht nur in Fraktionsbesprechungen und -beschlüssen Organ der Vorbereitung von Akten der Gesetzgebung und Vollziehung; die Partei erscheint im demokratischen Staat schließlich nicht nur in der merkwürdigen Wechselbeziehung zur öffentlichen Meinung, die sie einerseits beeinflußt und gestaltet und der sie andererseits schmeichelt und manchmal fast sklavisch folgt: Die Partei hat in der Demokratie auch die Aufgabe, politische Eliten zu bilden und dem demokratischen Staat die Führer zur Verfügung zu stellen; die Parteien sind das unentbehrliche Mittel, um die Beteiligung des einzelnen an der Staatsführung — über die Beteiligung an der Willensbildung des Staates bei der Wahlentscheidung hinaus — zu ermöglichen.

Demokratie ist im Grunde nicht die Herrschaft des Volkes; Demokratie ist nicht Identität von Geführten und Führern: Solche Identität führte zur Anarchie. Das Wesen der Demokratie besteht in einem ständigen Aufströmen aus dem Volk, der Schicht der Geführten, in die Führung hinein.

Auch die Demokratie kennt eine Schichtung: Die unterste Schichtung ist das Volk, zu dem jeder gehört: das unmündige Kind, der zweijährige Junge auf der Straße, der Wahnsinnige im Irrenhaus, der Zuchthäusler. Aus dieser Schicht bildet sich im Aufströmen die nächste Schicht, die der Aktivbürgerschaft; sie umfaßt all diejenigen, die mitwirken können an der Bildung des politischen Willens. Das ist durchaus nicht das ganze

Volk: Das sind bei uns nicht die Unmündigen, auch nicht die, die der Bürgerrechte verlustig erklärt wurden; in der Schweiz gehören nicht einmal die Frauen dazu, irgendwoanders nicht die Soldaten.

Aus der Aktivbürgerschaft hebt sich als nächstes wieder die Schicht der tatsächlichen Aktiven ab — die Schicht derer, die nicht nur wählen können, sondern auch wirklich wählen. Das sind in jedem Staat Kontinentaleuropas — soweit nicht die Frauen ausgeschlossen sind — kaum 50% der gesamten Bevölkerung. Nicht ganz 50% bestimmen in Wahlen und Abstimmungen den politischen Willen des Staates!

Aus dieser Schicht der wirklichen Wähler hebt sich als eine weitere Schicht die Gruppe derer ab, die sich nicht damit begnügen wollen, alle 4 Jahre einmal wählen und abstimmen zu können, sondern die ständig mitwirken wollen an der Gestaltung des politischen Lebens: Es sind die Parteibürger; die Partei nur gibt ihnen die Möglichkeit zu der erstrebten größeren Aktivität.

In der Partei schließlich steigt der Parteibürger zu den Führungsschichten im Staat auf; die Partei ist, wenn nicht der einzige, so doch der einfachste Weg für den einzelnen Staatsbürger, um in die politische Führungsschicht zu gelangen.

Die Schichtung, die ich in großen Zügen eben darzustellen versucht habe, widerspricht an sich nicht dem Gedanken der Demokratie; es muß freilich auch in dieser Schichtung der Grundgedanke der Demokratie verwirklicht werden, das heißt, dem Einzelnen muß die Möglichkeit gegeben sein, von der untersten Schicht bis in die oberste aufzusteigen. Nicht das Fehlen einer Schichtung im politischen Raum, sondern das ständige Aufströmen von unten nach oben innerhalb des Stufenbaus dieser Schichten kennzeichnet die Demokratie; in allen anderen Staatsformen sind die einzelnen Schichten gegeneinander abgeschlossen und abgekapselt. Der Übergang von einer Schicht zur anderen ist die Ausnahme.

Nichts ist so falsch wie die Behauptung, im Parteienstaat werde das Volk von den Parteien „mediatisiert“. Das Volk wird — wir sahen es eben — wenn überhaupt, dann schon durch die Aktivbürgerschaft mediatisiert; die Nichtwähler werden mediatisiert durch die Wähler. Schichten gibt es überall: Doch nur in der Demokratie sind sie durch einen Prozeß des steten Aufströmens unlöslich miteinander zur Einheit verbunden.

Politische Erziehung

Ich glaube nicht, daß unsere Parteien diese ihre Aufgabe heute schon genügend erkannt haben. Eliten werden gebildet; die Parteien erscheinen hier als Bildungsfaktoren. Ich gebe zu: in der Praxis hat man von diesem Bildungsfaktor „Partei“ noch nicht viel gespürt. Dies schließt nicht aus, daß die Parteien die genannte Bildungsaufgabe haben; ich habe eine Aufgabe auch dann, wenn ich sie nicht sehen oder ihr nicht nachkommen will. Die Krise unserer Demokratie ist z. T. darin begründet, daß die Parteien ihre Bildungsaufgabe nicht erfüllen. Zu dieser Bildungsaufgabe gehört auch eine bestimmte Erziehung: Bildung und Erziehung sind eng miteinander verbunden. Bildung erschöpft sich nicht in Erziehung; doch jedenfalls gehört Erziehung zur Bildung. Und diese Erziehung muß in der Demokratie — soweit sie in den Aufgabenbereich der Parteien

fällt — eine Erziehung zur Freiheit sein, eine Erziehung damit auch zur Kritik, eine Erziehung zur Opposition.

Wenn wir heute von staatsbürgerlicher Erziehung sprechen, dann müssen wir — meiner Ansicht nach — uns über zwei Dinge klar sein: Erstens, daß die eigentlichen Träger dieser Aufgabe nicht die Schulen, nicht irgendwelche Stellen des Staates, nicht irgendwelche Vereine oder Organisationen sind. Alle eben genannten Institutionen können nur subsidiär an dieser Erziehung mitwirken: die Schulen, der Staat, die verschiedenen Zusammenschlüsse — sie alle haben hier nur eine subsidiäre Aufgabe zu erfüllen. Sicher: Sie leisten dabei ungeheuer wertvolle Arbeit; doch ihre Arbeit ist umsonst, wenn die eigentlichen Träger dieser Bildungsaufgabe,

die Parteien, versagen. Sie sind die primären Träger dieser Erziehung; alle anderen können sie dabei nur unterstützen.

Im Mittelpunkt dieser Aufgabe steht nicht die Vermittlung von Kenntnissen der Verfassung, der Gesetze usw.: Politische Erziehung ist Erlebnisvermittlung, nicht Wissensvermittlung. Das Erlebnis, das vermittelt werden soll, ist das Erlebnis des Staates, das Erlebnis der Demokratie. Das Erlebnis der Demokratie ist das Erlebnis der Freiheit. Im Mittelpunkt dieser Bildungsarbeit steht die Erziehung zur Freiheit, die der zentrale Begriff der Demokratie ist; im Mittelpunkt steht damit die Erziehung zur Kritik, die Erziehung zur Opposition. Man braucht nur einmal zu versuchen, in kleinerem Kreis über politische Fragen wirklich zu diskutieren, um zu sehen, daß diese Erziehung zur Kritik weiten Kreisen des Volkes völlig fehlt. Entweder nimmt man, was ein anderer sagt, hin, denkt sich vielleicht seinen Teil und äußert jedenfalls seine Gedanken nicht; oder aber man übersieht die Grenzen der Kritik, die im Gesetz der Freiheit und in der Verantwortung gegeben sind. Hier ist tatsächlich noch ungeheuer viel an echter Erziehungsarbeit zu leisten.

Wir müssen endlich dazu kommen, an die Stelle eines Aneinanderreihens von Monologen echte Diskussion zu setzen. Im Grund genommen ist die Diskussion in Deutschland heute abgeschafft. Nehmen sie als Beispiel eine Diskussion im Plenum des Bundestags: Niemand erwidert auf das, was ein früherer Redner gesagt hat; jeder Redner hat sein Manuskript ja schon fertig in der Tasche, bevor er überhaupt hört oder erfährt, was sein Vorredner gesagt hat. Ich rate deshalb jedem Studenten, immer nur das zu lesen, was der Vertreter seiner eigenen Partei im Plenum des Bundestags gesagt hat: Er wird dadurch nicht verwirrt und doch voll in die Materie eingeführt. Wenn es nicht zur Diskussion kommt, genügt im

Grunde ein Monolog. Politische Erziehung ist aber Erziehung zur Diskussion.

Ich habe die Rolle der Parteien bei der Verwirklichung eines konstruktiven Verfassungsschutzes vielleicht allzu sehr betont: Man möge es mir verzeihen. Ich glaubte auf diese Rolle besonders hinweisen zu müssen, weil sie — auch von den Parteien selbst! — viel zu wenig erkannt wird. Zu Ende der Weimarer Zeit entbrannte eine heftige Diskussion in der deutschen Staatsrechtslehre um die Frage, wer der eigentliche Hüter der Verfassung sei. Ich will diesen Streit, der im Grund von der völlig falschen Voraussetzung ausgeht, es gäbe nur einen einzigen berufenen Hüter der Verfassung, nicht neu entfachen; zweifellos hat das Verfassungsgericht eine wichtige Funktion im Rahmen des Verfassungsschutzes — es ist ein Hüter der Verfassung. Zweifellos hat auch das Staatsoberhaupt stets die Aufgabe, in seinem Bereich Hüter der Verfassung zu sein; es wäre jedoch verhängnisvoll, wollten wir den ganzen Verfassungsschutz diesen beiden höchsten Staatsorganen überlassen. Auch die Parteien sind Hüter der Verfassung! Auch ihnen obliegt die Sicherung unseres Staates.

Normen allein können den demokratischen Staat nicht sichern; die letzte Sicherung dieses Staates liegt in der freiwilligen Anerkennung, die er in seinem Wirken bei seinen Bürgern findet — sie liegt in der Freiwilligkeit und in der individuellen Initiative im politischen Raum, in der Verantwortungsbereitschaft und Verantwortungsfreude des einzelnen Bürgers, im Willen eines jeden, seine personale Freiheit auch im politischen Raum zu wahren und in verantwortlicher Kritik von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. Die Sicherung unseres Staats liegt letztlich in der Erkenntnis eines jeden, daß die Freiheit, um derentwillen dieser Staat besteht, mehr wert ist als jede Sicherheit. Wenn wir arbeiten wollen für die Sicherheit unseres Staats, dann müssen wir — davon bin ich überzeugt — für die Freiheit und in der Freiheit arbeiten.

LEWIS L. STRAUSS

Atomenergie muß Segen der Menschheit werden

Im folgenden veröffentlichen wir den Wortlaut einer Rede, die der Vorsitzende der US-Atomenergiekommission, Lewis L. Strauss, am 5. August 1954 vor der Jahresversammlung des Amerikanischen Kriegsveteranenverbandes in Philadelphia gehalten hat.

„Ich empfinde die Einladung als große Ehre, hier vor den Mitgliedern dieses Kriegsteilnehmersverbandes zu sprechen, die einzeln und in der Gemeinschaft ihrem Vaterland so hervorragende Dienste geleistet haben. Die US-Regierung setzt ihr besonderes Vertrauen in jene Amerikaner, die ihrem Lande in Kriegszeiten gedient haben. Sie haben jedes Recht, stolz auf ihre Leistungen als Verteidiger und Hüter unseres freiheitlichen Erbes zu sein. Ich erachte es als eine besondere Auszeichnung, Ihnen hier meinen Gruß entbieten zu dürfen.

Vermutlich haben Sie mich eingeladen, vor Ihnen zu sprechen, weil Sie wünschen, daß ich zu der in der Öffentlichkeit jüngst stark beachteten Handhabung der Sicherheitsvorschriften der Atomenergiekommission und der langen Senatsdebatte über einige der geplanten Abänderungen des Atomenergiegesetzes vom vergangenen Monat Stellung nehme. Da diese Dinge aber im wesentlichen schon der Vergangenheit angehören und inzwischen andere Themen von größerer Tragweite und stärkerem Tagesinteresse im Vordergrund stehen, werde ich mich, mit Ihrem Einverständnis heute abend mit den letztgenannten Fragen befassen.

Wie Sie sicher wissen, sieht die gegenwärtig dem Vermittlungsausschuß unterbreitete Vorlage zum Atomenergiegesetz gewisse entscheidende Änderungen des ursprünglichen Gesetzes von 1946 vor, auf Grund dessen die Atomenergiekommission eingesetzt wurde und das als Richtschnur für deren Arbeit galt. Es kommt mir nicht zu, diese Änderungen zu einem Zeitpunkt zu erörtern, an dem sie noch dem Kongreß zur Beratung vorliegen. Glücklicherweise herrschen bezüglich der in der Änderungsvorlage enthaltenen „Erklärung über die einzuschlagende Politik“ keinerlei Meinungsverschiedenheiten. Der Gesetzentwurf beginnt zunächst einmal mit einer Erklärung der künftigen Politik der Vereinigten Staaten:

a) Entwicklung, Verwendung und Kontrolle der Atomenergie sollen darauf gerichtet sein, den größtmöglichen Beitrag zum allgemeinen Wohl zu leisten, jederzeit dem obersten Ziel

untergeordnet, einem maximalen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit zu leisten; und

b) Entwicklung, Verwendung und Kontrolle der Atomenergie sollen darauf gerichtet sein, den Weltfrieden zu fördern, der Allgemeinheit zu dienen, den Lebensstandard zu heben und den freien Wettbewerb der privaten Wirtschaft zu stärken.

Diese Erklärung ist eine Bekräftigung der vom Kongreß im ursprünglichen Atomenergiegesetz ausgesprochenen politischen Zielsetzung. Die Ziele unserer Politik bleiben demnach die gleichen. In beiden Fassungen des Gesetzes wird das erstgenannte Ziel — Gewährleistung der gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit — ausdrücklich als vordringlich bezeichnet. Das zweite Ziel des Gesetzes in der neuen Fassung aber ist die Sicherung des Weltfriedens, die in der ursprünglichen Fassung erst an letzter Stelle aufgeführt worden war. Wie Sie sehen, besteht der Unterschied nur in einer Akzentverschiebung, nicht in einer Änderung der Grundgedanken.

Ich möchte Ihnen hier kurz schildern, was die Kommission in den rund acht Jahren ihres Bestehens, und insbesondere im vergangenen Jahr, geleistet hat. Ich werde versuchen, dieses Referat auf die einzelnen Punkte der genannten Erklärung über die politischen Grundgesetze abzustellen. Als Steuerzahler wollen Sie selbstverständlich in erster Linie wissen, ob die erzielten Erfolge in einem vernünftigen Verhältnis zu den dafür aufgewandten gewaltigen Summen stehen; ich werde deshalb zunächst auf die finanzielle Seite dieser Angelegenheit eingehen, damit Sie eine Vorstellung von dem Umfang unserer Atomforschungsprojekte gewinnen können.

Der Entwicklung von Atomwaffen wurde natürlich die höchste Dringlichkeitsstufe eingeräumt, und für sie wurden die größten Beträge aufgewandt. Erfindung, Entwicklung, Herstellung und Verwendung von Waffen sind einem so raschen Wandel unterworfen, daß die bestehenden Anlagen bereits vor dem kommunistischen Überfall auf die Republik Korea im Jahre 1950 dreimal erweitert werden mußten. Seitdem wurde

unser Bauprogramm noch wesentlich erweitert. Durch die Geldbewilligungen vom Jahre 1952 waren die größten Aufwendungen für die Errichtung neuer Anlagen ermöglicht worden, und die Arbeiten gingen so rasch voran, daß einige der großen neuen Werke bereits den Betrieb aufnehmen konnten. Wir geben gegenwärtig monatlich rund 115 Millionen Dollar allein für Bauvorhaben aus, und die Betriebskosten übersteigen eine Milliarde Dollar im Jahr.

Wenn unser gegenwärtiges Konstruktionsprogramm abgeschlossen ist, wird sich der vom amerikanischen Volk für den Bau von Atomwerken aufgebrauchte Betrag auf rund 8,5 Milliarden Dollar belaufen. Wir verfügen über umfangreiche industrielle Anlagen, die, gemessen am heutigen Kaufwert des Geldes, wahrscheinlich schon mehr wert sind, als sie ursprünglich gekostet haben. Die wichtigsten dort gewonnenen Produkte, d. h. also das spaltbare Material für Atomwaffen, kann auch zur Energieerzeugung genutzt werden. Und dies wird geschehen, wenn die Lage — die weltpolitische Lage — dies erlaubt.

Das spaltbare Material ist praktisch unbegrenzt haltbar. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, kann man sagen, daß mit den aufgewandten Milliarden für den Bau von Betriebsanlagen und zur Vorratsbildung an Uran, Plutonium und anderen Materialien eine gewaltige Reserve angelegt wurde, die sich letztlich irgendwann einmal durch die Erzeugung nutzbringender elektrischer Energie bezahlt, ja wahrscheinlich mehr als bezahlt machen wird.

Im Anschluß an die finanzielle Übersicht, die ich Ihnen hier gegeben habe, möchte ich Ihnen einiges über unser Atomwaffenprogramm berichten. Gerade dieses Programm ist dazu bestimmt, den genannten maximalen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit zu leisten, die „das oberste Ziel“ unseres Atomforschungsprogramms darstellt.

Seit dem ersten Atombombenversuch im Jahre 1945 in Texas sind mehr als 40 weitere Atombombenteste unternommen worden. Es gelang, eine ganze Reihe von Atomwaffen-Typen her-

zustellen. Sie wurden den Erfordernissen aller Waffengattungen angepaßt und eignen sich für die Land-, See- und Luftkriegsführung. Unsere Vorräte wachsen ständig. Die zerstörende Gewalt der neuesten Atombomben beträgt gegenüber der ersten derartigen Bombe mehr als das Fünfundzwanzigfache. Doch selbst die modernste Atombombe ist geradezu ein Zwerg gegenüber jener Waffe, die allgemein als thermonukleare „Super“- oder auch Wasserstoffbombe bekannt ist.

Können Sie sich die zerstörende Kraft der uns heute zur Verfügung stehenden thermonuklearen Waffen vorstellen? Ich für meinen Teil habe dabei Schwierigkeiten. Um halbwegs eine Vorstellung davon zu gewinnen, rufe ich mir immer ins Gedächtnis zurück, was sich im Jahre 1917 im Hafen von Halifax bei der Explosion des Munitionsdampfers Mont Blanc ereignete. Die Mont Blanc hatte „nur“ etwas mehr als 2500 t Munition für herkömmliche Waffen geladen — Sprengstoffe also aus der Zeit des ersten Weltkrieges — und dennoch belief sich die Zahl der Toten und Verletzten auf über 10000, und die Sachschäden in Halifax waren ungeheuer. Nun nehmen Sie einmal zehn solcher Schiffe, die alle mit dem heute üblichen Sprengstoff TNT beladen sind: das etwa ist die Größenordnung der Explosionsgewalt einer Atombombe aus den ersten Jahren ihrer Herstellung. Wenn Sie sich eine ganze Flotte solcher mit TNT beladenen Schiffe vorstellen, die, in Kiellinie fahrend, über zwanzig Meilen lang ist, dann haben Sie eine ungefähre Ahnung von der zerstörenden Gewalt einer Wasserstoffbombe von nur einer Megatonne, das ist das Äquivalent von einer Million Tonnen TNT. Und eine Megatonne ist natürlich nicht die oberste Grenze für die in unserem Besitz befindlichen furchterregenden Waffen.

Dienst an der Allgemeinheit

Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt im Hinblick auf die Atomenergie zwei Ziele: sie will der Allgemeinheit dienen und den allgemeinen Lebensstandard heben. Im allgemeinen gesehen, sind diese zwei Ziele einander ähnlich und können hier als eines behandelt werden. Obwohl noch nicht einmal zwölf Jahre vergangen sind, seitdem man sich zum ersten Male die Atomkraft mit Hilfe von Reaktoren zunutze machen konnte, haben wir riesige Fortschritte in Forschung und Entwicklung in der Landwirtschaft, Chemie, Metallurgie, Biologie, Medizin und auf anderen wissenschaftlichen und technisch-industriellen Gebieten gemacht. Darüber hinaus sind wir Zeuge geworden, wie sich der Horizont unseres Wissens um die grundlegenden Fakten enorm erweitert hat; und ich bin zuversichtlich, daß uns noch neue Entdeckungen bevorstehen, die genau so großartig wie die bisherigen sind und das Leben aller Menschen noch mehr bereichern werden. Wir haben den Zenit des Atomzeitalters noch nicht erreicht — wir stehen erst im Morgengrauen einer neuen Epoche.

Die verfügbare Zeit gestattet es mir nur, mich mit den wenigen vorstehend erwähnten Gebieten zu befassen. Der Verlockung, wenigstens bei einigen auf nähere Details einzugehen, gilt es zu

Präsident Eisenhower hat in seiner großen Rede vor den Vereinten Nationen darauf verwiesen, daß

„die zerstörende Wirkung der Atomwaffen, über die die Vereinigten Staaten heute bereits verfügen und deren Zahl natürlich täglich zunimmt, um ein Vielfaches die Wirkung aller Bomben und Granaten übertrifft, die auf sämtlichen Kriegsschauplätzen des zweiten Weltkrieges zusammen abgeworfen bzw. abgefeuert wurden“.

Einige der besten unserer Bürger haben ihren Unwillen darüber geäußert, daß es gerade unser Land ist, welches sich im Besitze von Waffen mit derartigen zerstörerischen Gewalten befindet. Dieser Unwille ist ein Zeichen ihrer Anständigkeit und kann nur in einem freien Lande frei dargelegt werden. Niemand, der die Möglichkeiten der Atomwaffen genau kennt, wird sie ohne innere Vorbehalte betrachten. Wer jedoch solche Bedenken hegt, sollte sich einmal die Lage vor Augen führen, in der wir wären, wenn diese Atomwaffen sich in den Arsenalen der Sowjetunion und nicht der Vereinigten Staaten befänden. Es war niemand geringerer als Premierminister Sir Winston Churchill, der erklärte, daß die Überlegenheit der USA auf dem Gebiete der Atomwaffen in den neun Jahren nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges zu den Faktoren gehört habe, die den Ausbruch eines neuen Krieges verhindern halfen. Was mich betrifft, so wünsche ich nichts sehnlicher, als daß wir auch in Zukunft eine Überlegenheit auf dem Gebiete der Atomwaffen und ihrer Anwendung haben mögen, und daß diese so lange ein aufschiebbarer Faktor bleibe, bis sich alle Nationen auf eine Formel für eine praktisch durchführbare internationale Kontrolle für Waffen aller Art geeinigt haben.

widerstehen. Es gibt jedoch ein Programm, welches ich besonders gern darstellen möchte und das ich Ihnen gern eingehender schildern möchte. Es handelt sich hier um ein Programm zur Bekämpfung der schlimmsten Geißel unserer Generation — des Krebses. Die Atomenergie-Kommission hat in ihrer Forschungstätigkeit auf diesem Gebiet drei Wege eingeschlagen:

1. Wir verschicken radioaktive Isotope zum Selbstkostenpreis oder darunter an hunderte von Krankenhäusern, medizinische Fakultäten und Kliniken. So werden zum Beispiel in allen Kriegsversehrten-Krankenhäusern Radioisotope zur Lokalisierung von Hirntumoren und krebsartigen Geschwülsten vor Anwendung der Röntgentherapie oder einem chirurgischem Eingriff verwandt.
2. Nach Maßgabe eines Gremiums hervorragender Ärzte vergeben wir Gelder zur Förderung von Krebs-Forschungsprojekten.
3. Wir haben vier eigene Krebsforschungs-Krankenhäuser aufgebaut, deren größtes das Argonne-Krankenhaus in Chicago ist. Es wurde mit einem Kostenaufwand von 4 Millionen Dollar erstellt, eine bisher zu diesem Zwecke noch nie aufgebrachte Summe.

Um den wissenschaftlichen Fortschritt, den wir in der inneren Medizin und Chirurgie gefördert haben, eingehend demonstrieren zu können, habe ich ein vollständiges, transportables Röntgengerät mit hierhergebracht. Es ist etwa so groß wie ein Litermaß und wiegt rund 18 Pfund. Es wurde in unserem Argonne-Laboratorium entwickelt und kann anstelle eines 100 000-Volt-Röntgengerätes zu diagnostischen Zwecken benutzt werden. Dieser Apparat leistet die gleiche Arbeit wie jedes andere konventionelle Röntgengerät, das um ein Vielfaches größer und schwerer ist. Man benötigt zu seiner Benutzung keine fremde Energiequelle und es kann auf Verbandsplätzen, Erste-Hilfe-Stationen usw. verwandt werden. Höchstwahrscheinlich ist es auch für die Industrie von großem Nutzen.

In gleicher Weise unterstützen wir auch die Herzheilkunde und Kreislaufforschung, um neue Mittel und Wege zur Bekämpfung chronischer Krankheiten zu finden, die die Quelle vielen menschlichen Leidens sind. Es wäre unendlich segensreich, gelänge es uns, Herr über den Krebs oder eine der anderen erwähnten Krankheiten zu werden; bestimmt ließe sich ein solcher Erfolg nicht nach Geldeswert bemessen. Wir sind aber auf dem Wege zu diesen Zielen.

Die Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke soll aber nicht unter Ausschluß aller übrigen Anwendungsgebiete, wo ihre Segnungen eben notwendig wie realisierbar sind, der Medizin und der Industrie allein vorbehalten bleiben. So unterstützen wir z. B. tatkräftig Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Viehzucht sowie Versuchsprojekte zur Verbesserung von Kunstdünger und Insektenvernichtungsmitteln, zur Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens und zur Steigerung der Ernteerträge.

Der Anwendungsbereich der Radioisotope in der Industrie wächst in so raschem Tempo, daß diese Entwicklung allein die Ausgabe der Milliarden Dollar, die wir bereits in die Kernforschung gesteckt haben, letztlich rechtfertigen dürfte. Beschießt man in normalem Zustand die stabilen Elemente wie Natrium, Kobalt, Kupfer und Eisen in einem Kernreaktor mit Neutronen, so sind sie danach mit instabilen Atomen aufgeladen, die eine ganz bestimmte Strahlungsintensität besitzen. Die von diesen Atomen ausgehende Energie kann ermittelt, verfolgt und gemessen werden, wo immer sie in Erscheinung tritt. Die Kommission hat die Industrie bisher mit 150 verschiedenen Sorten dieser vielseitig verwendbaren Isotope beliefert, die jetzt in etwa 860 privaten Forschungslaboratorien benutzt werden.

Diese radioaktiven Indikatoren werden von der Industrie in zunehmendem Maße zur Kontrolle von Fertigungsprozessen benutzt, so in der Petroleumindustrie zur Kontrolle des Ölstroms in den Rohrleitungen und zur Feststellung des Abnutzungsgrades von Kolbenringen bei Motoren. In größerem Umfang benutzt man sie als Strahlenquelle für Dickenmeßlehren, zum Aufspüren von Fehlern in Gußteilen und für buchstäblich Dutzende anderer Zwecke. Dadurch wurden in der amerikanischen Industrie bereits beträchtliche Einsparungen möglich. So hat beispielsweise eine der 700 von uns belieferten Fir-

men im vergangenen Jahr durch diese neuen Verfahren annähernd 100 000 Dollar eingespart. Eine andere Firma berichtete, daß sie heute für bestimmte Testverfahren dank der Verwendung von Radioisotopen nur noch 35 000 Dollar ausgeben müsse, während die Kosten bei Anwendung der bisher üblichen Methoden 1 Million Dollar betragen. Die Erprobung, die sich früher über zehn Jahre erstreckte, ist heute in wenigen Wochen zu bewältigen. Die Verwendung von Isotopen nimmt Monat für Monat zu. Im vergangenen Jahr sind von Oak Ridge über 12 000 Einzelsendungen an Isotopen verschickt worden.

Unter den Verwendungsmöglichkeiten der Atomenergie für friedliche Zwecke steht unmittelbar hinter dem militärischen Programm die Entwicklung eines Verfahrens zur Gewinnung von Energie aus dem Atom. Ich meine damit die Verwendung der bei der Atomspaltung entstehenden großen Hitze zur Erzeugung von Dampf, der seinerseits wiederum in Turbinengeneratoren zur Erzeugung von Elektrizität benutzt wird. Unsere ersten Erfolge auf diesem Gebiet hatten wir im Dezember 1951 zu verzeichnen, als wir bewiesen, daß die in einem Kernreaktor erzeugte Hitze ohne große Gefahr abgeleitet und zur Erzeugung elektrischen Stroms verwertet werden kann. Daraufhin wurde ein Kernreaktor anderen Typs gebaut und im Februar 1953 in Betrieb genommen. In diesen beiden Fällen war die erzeugte Energiemenge nicht so groß, daß sie kommerziell auszuwerten gewesen wäre; aber schon wenige Monate später, im Sommer vergangenen Jahres, wurde das erste große Atomkraftwerk fertiggestellt und mit seiner vollen Kapazität in Betrieb genommen. Dieser Reaktor diente als Vorbild für den jetzt in das erste mit Atomenergie betriebene U-Boot, die „Nautilus“, eingebauten Kernreaktor.

Die Stärke des Atommotors der „Nautilus“ wird geheim gehalten. Es ist Ihnen jedoch sicher ohne weiteres klar, daß jedes moderne Unter-

seeboot, das mit der Flotte auf hoher See zusammen operieren soll, mit einer zuverlässigen und sehr leistungsfähigen Maschine ausgestattet sein muß.

Unser nächster großer Fortschritt war die Unterzeichnung eines Kontrakts mit der Duquesne Light Company, die zu den Bewerbern um den Bau und Betrieb eines Kraftwerks mit einer Kapazität von 60 000 KW gehörte. Dieses Kraftwerk soll in der Nähe von Pittsburgh errichtet werden; in die Kosten werden sich die Gesellschaft und die Atomenergie-Kommission in einer für die Regierung äußerst günstigen Weise teilen.

Die Atomenergiekommission beginnt jetzt ein umfangreiches Fünfjahresprogramm zur Erzeugung von elektrischer Energie aus dem Atom, dessen Kosten sich auf annähernd 200 Millionen Dollar belaufen. Im Rahmen dieses Programms werden fünf verschiedene Versuchs-Atomkraftwerke gebaut werden, jedes nach anderen technischen Prinzipien. Da diese Kraftwerke klein sein werden und lediglich Versuchsstationen darstellen sollen, wird keines elektrischen Strom auf kommerzieller Basis erzeugen. Selbst die eifrigsten Verfechter einer Energieversorgung mit Hilfe der Atomkraft glauben nicht, daß diese schon in unmittelbarer Zukunft an die Stelle der bisher üblichen Kraftquellen treten werde. Einige Ingenieure aus der Wirtschaft meinen, voraussagen zu können, daß bis zum Jahre 1960 — in sechs Jahren — vielleicht 10 Prozent der neuen Kraftwerke, die heute erst auf dem Zeichenbrett existieren, an Stelle der mit Kohle, Öl oder Gas geheizten Dampfkessel Spezialkernreaktoren verwenden werden. Die gleichen Fachleute erklären, bis zum Jahre 1980 würde etwa die Hälfte der neuen Kraftwerke spaltbares Material als Brennstoff benutzen. Ich persönlich glaube aber, daß diese Prophezeiungen allzu vorsichtig gehalten sind.

Stärkung des freien Wettbewerbs in der Privatwirtschaft

Ein weiteres Ziel unserer Politik zur praktischen Nutzbarmachung der Atomenergie ist die „Entwicklung, Verwendung und Kontrolle der Atomenergie, um den freien Wettbewerb in der privaten Wirtschaft zu stärken“.

Dies ist eine völlig überparteiliche Feststellung, die erstmals im Jahre 1946 durch einen demokratischen Kongreß zum Gesetz erhoben und in diesem Jahr von einem republikanischen Kongreß gebilligt wurde.

Natürlich ist bereits die Frage erhoben worden, wer die Atomwerke besitzen und betreiben soll, die innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahrzehnte in immer größerer Zahl errichtet werden. Gegenwärtig befindet sich die ganze mit der Gewinnung der Atomenergie zusammenhängende Industrie im Besitze des Staates. Dieses Abgehen von dem in unserem Lande für Industrieunternehmen üblichen Status geschah nicht aus der Absicht heraus, unsere Institutionen irgendwie zu ändern. Es wurde für notwendig erachtet, um damals, im Jahre 1946, dem

einmaligen und neuartigen Charakter der Atomenergie gerecht werden zu können. Ein weiterer Grund war, daß ihre Produkte damals fast ausschließlich in unsere Rüstungsarsenale wanderten. Das Atomenergiewerkgesetz vom Jahre 1946 sah ausdrücklich vor, daß das Gesetz durch Zusätze abgeändert werden solle, sobald ausreichende Erfahrungen auf diesem Gebiete vorliegen. In dieser Zeit überwiegend friedlicher Anwendung der Atomenergie diese Industrie völlig in staatlicher Regie zu belassen — was überdies einen grundlegenden Wandel im gegenseitigen Grundverhältnis von Regierung und Staatsbürger mit sich bringen würde —, könnte eine Änderung unserer Gesellschaftsstruktur bedeuten, radikaler als jede andere, die sich eventuell aus der Existenz jener technischen Novität, der Atomkraft, ergeben könnte.

In Übereinstimmung mit der von uns offiziell verfolgten Politik, „den freien Wettbewerb in der privaten Wirtschaft zu stärken“, meine ich, daß die Kernenergie, sobald sie sich wirtschaft-

lich nutzen läßt, in die Energiewirtschaft unseres Volkes eingeschaltet werden sollte. Auch sollten Erzeugung und Verteilung über die vorhandenen privaten und öffentlichen Kraftwerke erfolgen, nicht über die Atomenergiekommission.

Die mit der Ausnutzung der Kernenergie verbundenen Möglichkeiten werfen auch Probleme der Kontrolle auf, die eine ungewöhnlich weitgehende Einschaltung des Bundes verlangen. Dennoch bin ich überzeugt, daß es gelingen wird, die unumgänglichen Beschränkungen und Sicherungen, die die Gesellschaft bei der Nutzbarmachung der Atomenergie fordern muß, mit der Freiheit zur Initiative seitens der Privatindustrie in Einklang zu bringen. Meiner Auffassung nach können die besonderen Probleme der Atomenergie ohne Risiko für die nationale oder persönliche Sicherheit, ohne unbillige Bevorzugung irgendeiner Gruppe und in Übereinstimmung mit den normalen Beziehungen zwischen Staat und Bürgerschaft gelöst werden.

Ich glaube, daß es durch gemeinsame Verhandlungen zwischen der Atomenergiekommission und Privatfirmen möglich sein wird, die Erteilung von Lizenzen in völlig fairer Weise zu regeln und Verträge abzuschließen, durch die die enorme Kostenlast für die künftige Forschung, Entwicklung und den Bau neuer Anlagen zum Teil von den Schultern des Steuerzahlers genommen wird. Ich kann Ihnen versichern, daß die Atomenergiekommission, so wie sie heute besteht, und ihre Mitarbeiter in den Büros, Laboratorien und Werksanlagen in den ganzen Vereinigten Staaten bei allen Verhandlungen und Vereinbarungen mit der Privatindustrie das öffentliche Interesse in vollem Umfange wahren werden. Da ist ferner der gemeinsame Atomenergieausschuß des Kongresses — er setzt sich aus Männern zusammen, die in unserer Arbeit wohlbewandert sind und laut Gesetz darüber laufend und uneingeschränkt informiert werden müssen. Sie sind jetzt — und zweifellos auch in Zukunft — wachsame Hüter des öffentlichen Interesses. Eigentlich erübrigt es sich, Ihnen zu sagen, daß zu den Mitgliedern dieses Ausschusses auch Captain James E. Van Zandt gehört, der dreimal Vorsitzender Ihrer Organisation gewesen ist und heute als Abgeordneter von Pennsylvania in hohem Ansehen steht.

In meinen Bemerkungen zum Thema Atomenergie habe ich mich auf die Aussichten zu ihrer weiteren Entwicklung in unserem eigenen Lande beschränkt. In vielen anderen Ländern besteht jedoch ein weit dringenderer Bedarf an zusätzlichen Energiequellen als in den USA.

Der immer größer werdende Energiehunger und der steigende Brennstoffbedarf im Transportwesen und in der Industrie stellen immer höhere Ansprüche an die Energiequellen vieler Staaten. Zu den Nationen, die noch nicht einmal die Hälfte ihres Verbrauchs an Kohle und Öl aus eigenen Quellen decken können, gehören Italien, Portugal, Griechenland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Argentinien, Algerien, Französisch-Marokko, Ceylon und Pakistan. Angesichts der potentiellen Bedeutung

der Kernenergie als zusätzliche Quelle für die Energieversorgung der ganzen Welt kann der Fortschritt, der hinsichtlich der entsprechenden

Entwicklungsarbeiten in den Vereinigten Staaten erzielt worden ist, sowohl für andere Nationen als auch für Amerika selbst sehr wichtig sein.

Förderung des Weltfriedens

Es war der Glaube an die Realisierbarkeit eines Abrüstungsprogramms für Atomwaffen und an deren schließliche Abschaffung, der Präsident Eisenhower im Dezember vergangenen Jahres veranlaßte, der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Schaffung einer internationalen Atombank vorzuschlagen, bei der diejenigen Nationen, die normales Uran und spaltbares Material herzustellen in der Lage sind — einschließlich der Sowjetunion —, dieses deponieren sollen. Aufgabe der von ihm vorgeschlagenen internationalen Atomenergiebehörde wäre es, diese Materialien so zu verwenden, daß die segensreichen Kräfte des Atoms allen Menschen dienstbar gemacht werden, und die Kernenergie auch den in der Energieversorgung bisher benachteiligten Gebieten zugute kommt. Ich möchte an dieser Stelle Präsident Eisenhower selbst zitieren, denn seine Worte verdienen, immer und immer wieder ins Gedächtnis zurückgerufen zu werden:

„Die Vereinigten Staaten würden hierbei mehr als eine bloße Verminderung oder Abschaffung des für militärische Zwecke verfügbaren Atommaterials herbeizuführen suchen. Es genügt nicht, daß man diese Waffe aus den Händen der Soldaten nimmt. Sie muß in die Hände derer gelegt werden, die wissen, wie man sie ihres militärischen Charakters entkleidet und sie in den Dienst

des Friedens stellt. Die Vereinigten Staaten wissen, daß die furchtbarste aller zerstörerischen Kräfte, die Atomenergie, zu einer großen, dem Wohlergehen der gesamten Menschheit dienenden Gabe werden kann, wenn es gelingt, die erschreckende Tendenz eines Atomwetterrüstens ins Gegenteil zu verkehren. Die Vereinigten Staaten wissen, daß es kein Zukunftstraum mehr ist, aus der Atomenergie Kräfte für friedliche Zwecke zu gewinnen. Die erwiesene Möglichkeit dazu besteht jetzt — hier — heute. Wer könnte bezweifeln, daß diese Möglichkeit einer universalen, wirksamen und wirtschaftlichen Form der Atomenergienutzung rasch verwirklicht würde, wenn alle Wissenschaftler und Ingenieure der ganzen Welt ausreichende Mengen spaltbaren Materials zur Verfügung hätten, um damit ihre Ideen erproben und weiterentwickeln zu können.“

Der Vorschlag des Präsidenten war einfach und klar. Die von ihm konzipierte internationale Behörde kann der Welt zeigen, daß die Atomenergie dazu verwendet werden kann, den Lebensstandard der Völker einschließlich dem des amerikanischen Volkes zu heben.

Seit Dezember vorigen Jahres hat unsere Regierung geheime diplomatische Besprechungen mit anderen Nationen geführt. Die Haltung der

Sowjetunion ist nicht ermutigend; angesichts der seit 1945 andauernden vergeblichen Bemühungen, mit dieser Regierung zu einer Einigung zu gelangen, ist dies nicht überraschend. Dennoch hat Präsident Eisenhower die Hoffnung auf die schließliche Annahme seines Vorschlages nicht aufgegeben. Erst gestern hat er auf seiner Pressekonferenz seinen Entschluß wiederholt, mit oder ohne sowjetische Beteiligung auf eine Lösung des Problems zu drängen.

Gegen den düsteren Hintergrund, den die derzeitige Weltlage abgibt, möchte ich diese Bemerkungen mit einem persönlichen Glaubensbekenntnis abschließen: Nach meiner festen Überzeugung kann es nicht die Absicht des Schöpfers sein, daß sich die Menschheit durch die Jahrtausende hindurch bis zu diesem Zeitpunkt entwickelte, nur um etwas hervorzubringen, was allein zur Zerstörung allen Lebens auf dieser Erde dienen kann. Im Gegenteil, ich habe den festen Glauben, daß die Freimachung der im Atom enthaltenen Energie durch die Anstrengungen und den Genius des Menschen nach dem Plan der Vorsehung dazu verwendet werden soll, den Frieden auf Erden und die Freundschaft unter den Menschen zu fördern. Wäre ich nicht immer fest davon überzeugt gewesen, daß die friedliche Anwendung der Atomenergie schließlich an Stelle ihrer Verwendung zu Zwecken der Zerstörung treten werde, dann hätte ich es abgelehnt, einen Beitrag zu diesem großartigen Werk zu leisten. Ich scheidet von Ihnen in der Hoffnung, daß Sie diesen Glauben an die Entfaltung unseres Schicksals teilen“.

MICHAEL PRAWDIN

Die Lebensalter im politischen und öffentlichen Leben

Ein Vortrag, gehalten auf Einladung der Bundeszentrale für Heimatdienst in Bonn, am 6. April 1954

Meine Damen und Herren!

Es ist mir ein Vergnügen und eine Ehre, zu Ihnen über ein Problem zu sprechen, das mich seit langem beschäftigt. Meinem Gefühl nach wird dieses Problem heutzutage noch viel zu wenig beachtet, von dessen richtigem Verständnis unsere Zukunft abhängt. Wenn ich sage, unsere Zukunft, so meine ich damit nicht die Zukunft irgendeines zufälligen Bruchstückes von Europa, das wir Deutschland, Frankreich, Italien oder sonst etwas nennen, sondern die Zukunft des europäischen Menschen überhaupt. Dieses Problem, das die Entwicklung unserer Zivilisation bestimmt, möchte ich das Drei-Generationen-Problem nennen. Es ist ein geschichtliches Problem, und um seine gegenwärtige Bedeutung zu verstehen, müssen wir es geschichtlich betrachten. Gestatten Sie mir daher, Ihnen einen kurzen geschichtlichen Überblick zu geben:

Geschichte ist bekanntlich wie ein Strom, in ständiger Bewegung. Wie bei einem Strom ändert sich von Zeit zu Zeit nicht nur die Richtung, sondern auch das Tempo der Bewegung. Auf ruhige Perioden, in denen, wie wir sagen, „jeder weiß, wo er hingehört“, folgen unruhige Zeiten mit dramatischen und gewaltsamen Veränderungen, in denen der persönliche Drang soziale Schranken und traditionelle Einrichtungen zerbricht. Aber solche Veränderungen sind keine Zufälle. Die Geschichte kennt keine

plötzlichen, grundlosen Umbrüche. Die Keime für die sogenannten „unruhigen Zeiten“ liegen immer in den Zuständen der vorhergehenden „ruhigen“ Perioden, wenn die privilegierten Gruppen eine allmähliche friedliche Veränderung verhindern und damit die Spannungen sich ballen lassen, bis sich diese in einer Explosion entladen. Wenn wir uns fragen, warum diese Spannungen überhaupt aufkommen, warum die Zustände, die für längere Zeit als gut, oder sagen wir, als erträglich galten, mit einem Mal als unmöglich empfunden werden, so müssen wir uns zwei Grundgesetze des geschichtlichen Ablaufes vor Augen halten:

Erstens, daß die Menschen immer danach streben, ihr irdisches Los zu verbessern. Es ist dabei gleichgültig, ob sie, wie im Mittelalter zurückblicken und die Veränderungen im Namen der Tradition verlangen, im Namen der Rückkehr zum Alten, das nur durch böswillige Menschen aus Eigennutz verändert worden sei, oder ob sie, wie seit der Zeit der Aufklärung, ja teilweise schon seit der Renaissance, alles Heil vom Fortschritt erwarten. Der geschichtliche Ablauf ist zwar ein Bild fortwährender Enttäuschung, weil das, was jede Periode erhofft hatte, nicht eintraf; aber keine neue Generation läßt sich durch diese Enttäuschung die Hoffnung nehmen, daß es gerade ihr beschieden ist, den richtigen Weg zur Glückseligkeit einzuschlagen.

Das Drei-Generationen-Prinzip

Das zweite geschichtliche Grundprinzip ist, daß es niemals eine Generation gegeben hat, die das Leben allein für sich hätte gestalten können. Wir sprechen zwar von dieser oder jener Generation, aber zu allen Zeiten waren drei Generationen zugleich am Werk, das Zeitbild zu formen. Zu jeder Zeit lebten noch 60- und 70jährige, oft in leitenden Stellungen im politischen und sozialen Leben, die die Einrichtungen der sogenannten „guten alten Zeit“ verteidigten, die, wie sie meinten: „guten alten Traditionen“, in denen sie aufgewachsen und später zu Ehren und Würden emporgestiegen waren. Nennen wir diese Generation: die Generation der „Großväter“. Diejenigen nun, gegen die sie ihre Anschauungen verteidigen, sind Männer in den Vierzigern und Fünfzigern, welche die altmodischen Institutionen der „Großväter“ beseitigen oder wenigstens der Zeit entsprechend modernisieren wollen. Diese Männer möchte ich die Generation der „Väter“ nennen. Sie sind es, deren Meinungen und Ansichten wir als „typisch“ für jede Zeitperiode bezeichnen. Aber neben ihnen stehen bereits die 20- und 30jährigen, die schon ins öffentliche Leben getreten sind, und für die das Werk und die Lebensanschauung der Väter nichts Neues, nichts Erstrebenswertes ist. Für sie ist das alles eine bereits bestehende Ordnung. Sie haben nicht dafür gearbeitet und gekämpft, und sie sehen die Schattenseiten und Unzulänglichkeiten des Bestehenden. Und mit dem Ungestüm der Jugend drängen sie danach, diese

Ungerechtigkeiten und Schwächen zu beseitigen. Nennen wir diese Generation die der „Söhne“.

Das ist, meine Damen und Herren, in Kürze das Schema jeder geschichtlichen Situation, das die Basis aller Entwicklung bildet. Jede Zeitperiode enthält Institutionen und Einrichtungen früherer Perioden, die weiter zu bestehen suchen, und sie enthält auch die Männer, die sie verteidigen, weil sie selber diese Institutionen geformt und ihre Vorteile genossen haben. Unter dem Druck der sich ständig ändernden Anforderungen des Lebens bilden sich neue Institutionen, oder die alten werden zeitgemäß umgeformt. Und während sie entstehen, machen sich schon Anzeichen bemerkbar, daß auch sie bald veraltet und durch neue ersetzt sein werden. Mit anderen Worten: Die „Väter“, die ihre Anschauungen gegen den Widerstand der „Großväter“ durchsetzen, müssen zugleich bereit sein, diese Anschauungen gegen die Neuerungsbedürfnisse der „Söhne“ zu verteidigen. Und jedesmal hängt das Beharrungsvermögen der Anschauungen und Institutionen von der Kraft der Gruppe ab, die sie trägt.

Wir müssen uns deshalb die Einteilung in Großväter, Väter und Söhne mehr im geistigen Sinne vorstellen. Es gibt Männer, die bereits in den Dreißigern zu der Großväter-Generation gehören und nur an der Erhaltung des Gestrigen und Vorgestrigen interessiert sind. Es gibt 60jährige, die von der Jugend als ihre geistigen Führer und Bahnbrecher des Mor-

gigen betrachtet werden. Altersmäßig überschneiden sich also die drei Generationen. Aber im allgemeinen kann man sagen, daß die Jugend, die meistens mit 16 bis 20 Jahren ins aktive Leben tritt und ihre eigenen Ideen zu formen beginnt, diese erst als Dreißigjährige wirklich ausgebildet hat. Dann beginnt die Altersstufe der Väter, die reif geworden, diese Anschauungen in die Tat umsetzen. Aber nach dem fünften Jahrzehnt tritt bei ihnen gewöhnlich eine Angst vor Veränderungen ein, die eine Neuanpassung verlangen, zu der sich die alternden Männer nicht mehr fähig fühlen.

Das heißt also, daß die Anschauungen, die heute die geltenden sind, sich bereits gestern gebildet haben. Die Anschauungen, die morgen gelten werden, müssen sich schon heute entwickeln; und die Dauer dieses Übergangs von Heute zu Morgen nimmt etwa 20 bis 30 Jahre in Anspruch. Wenn sich aber nun dieses Morgen nach dem Drei-Generationen-Prinzip im Gegensatz zu dem Heute entwickelt, genau so wie das Heute sich im Gegensatz zu dem Gestern entwickelt hat, so muß das Morgen demzufolge gewisse Ähnlichkeiten mit dem Gestern aufweisen. Oder anders ausgedrückt: Die Ansichten der Söhne stimmen in vielem mit den Ansichten der Großväter überein, und vielleicht ist es auch gar kein Zufall, daß die Enkel ihren Großvätern manchmal ähnlicher sehen als ihren Eltern. Die geschichtliche Entwicklung bildet aber infolge dieser Schwankungen nie eine gerade Linie, sondern immer eine Zick-Zack-Bewegung, die alle 20 oder 30 Jahre in gegensätzlicher Richtung verläuft und alle 40 bis 60 Jahre in gleicher Richtung.

Wenn wir die letzten anderthalb Jahrhunderte auf diese Bewegungsrichtungen hin prüfen, sehen wir die französische Revolutionsperiode, ein halbes Jahrhundert später die freiheitliche Bewegung um 1848, dann

das Anwachsen des Liberalismus um die Jahrhundertwende und die demokratische Welle von heute. Alles in Abständen von 50 bis 60 Jahren. Zwischendurch finden wir die Heilige Allianz, den konservativen Imperialismus und als die dritte Stufe die Übersteigerung des nationalen Egoismus und damit einen geschichtlichen Rückschritt zum totalitären Staat. Ich nenne dies einen geschichtlichen Rückschritt, weil der Imperialismus der 70er und 80er Jahre zwar die Gegensätze verschärfte, aber der damals bestimmenden Generation noch verschiedene Wege offen ließ. Der totalitäre Staat war eine Sackgasse, die jede Weiterentwicklung unmöglich machte und aus der heraus es einen Weg nur durch den Zusammenbruch geben konnte.

Die Geschichte wiederholt sich nie, weil die Lebensumstände immer verschieden sind; was uns bei jeder geschichtlichen Schwankung auffällt, sind jedesmal Ähnlichkeiten und Gegensätzlichkeiten in der Geistesrichtung. Alle 25 oder 30 Jahre ändert sich die Geistesrichtung, in der sich die Generation entwickelt. Das Bürgertum zum Beispiel, das um 1848 im Kampf um die Selbstbestimmung stand, fühlte sich 20 oder 30 Jahre später sehr wohl und behaglich im Konservatismus und Imperialismus. Nach einem weiteren Vierteljahrhundert wurde es, von der Entwicklung enttäuscht, liberal- und sozialdenkend. Nach weiteren 20 bis 30 Jahren, je nach den einzelnen Ländern und Staaten, warf es die individuelle Freiheit des Handelns und Denkens für die angebliche Sicherheit der Versorgung durch verschiedene totalitäre Systeme weg, und in unserer Zeit folgt es wieder den Losungen der Demokratie unter der Führung der 60- und 70jährigen, deren Weltanschauung geprägt wurde, als sie jung waren, also in der Zeit des Liberalismus vor dem ersten Weltkrieg.

Parallel-Bewegungen in allen Sphären

Da nun die geschichtliche Entwicklung eine Antwort auf die Anforderungen des Lebens auf allen seinen Gebieten ist, finden wir jedesmal Parallel-Bewegungen in allen Sphären, in der philosophischen, der künstlerischen, der wissenschaftlichen, der dichterischen. Sie können um ein Jahrzehnt früher oder später als auf dem politischen Gebiet erscheinen, aber wir finden immer die gleiche Richtung in der Entwicklungsperiode der Großväter und ihrer Enkel und eine gegensätzliche in der Zwischen-generation. Wir fühlen zum Beispiel, daß wir uns jetzt in einer Krise befinden, obgleich die Überwindung der durch die Zerstörungen der Kriege verursachten materiellen Krise überraschend schnell vor sich gegangen ist. Aber die moralisch-geistige Krise dauert an, und vor einem Jahrhundert hatten wir eine analoge, geistig-ideelle Krise, in der sich die empfindsamen Geister enttäuscht von dem Mißerfolg der damaligen, demokratischen Revolution in die Phantasiewelt der Romantik flüchteten; damals wurde das kantische Denken durch Schopenhauer entthront, und der Kapitalismus, der sich gerade erst zur vollen Entfaltung anschickte, erhielt bereits eine Untergangswarnung durch das kommunistische Manifest und die daraus folgende Arbeiterbewegung. Und 50 Jahre später, um die Jahrhundertwende, kam die Wiederholung dieser Krisenstimmung, die um so bemerkenswerter ist, als es an sich der Zeitpunkt des höchsten Triumphes des europäischen Geistes war. Um diese Zeit stand die Anbetung des Intellekts als des unfehlbaren Leitfadens zur schließlichen Glückseligkeit am höchsten. Aber gerade in diesem Augenblick wandten sich die Denker der Zeit gegen den Intellekt und gegen seine angebliche Glückseligkeit. Sie leiteten eine Reaktion ein, die zu der Freudschen Psychoanalyse und der Pawloffschen Reflexologie führte und die dunklen Triebe enthüllte, die hinter dem Verstand stehen und die Handlungen des Menschen bestimmen. Damals schon erkannten die Dichter die Aussichtslosigkeit der auf das rein materialistisch Praktische hinstielenden Geistesrichtung. Wenn wir auf diese Periode zurückblicken, ist es, als ob damals schon die ganze Entwicklung zum Massenmenschen, zur Massenpsychologie und ihrer Diktatur und zu der großen Enttäuschung von heute nicht nur vorausgeahnt, sondern bereits erlebt wurde. Wenn unsere Zeitungen sich jetzt in angeblicher Entrüstung über Rauschgiftorgien in irgendeiner leitenden Schicht als dem Zeichen der Verkommenheit unserer Zeit ergehen, dann muß ich an den Satanismus der 90er Jahre, an „La Bas“ von Huysmans, an Beaudelaire denken, an alles, was

damals bereits ausgesprochen und erlebt wurde. Wenn uns der Existenzialismus als eine neue Offenbarung dieser Welt gepredigt wird, wie schwach erscheint er neben Strindberg, ja teilweise neben Ibsen auf der einen Seite und d'Annunzio auf der anderen. Alles ist damals schon ausgedrückt und erlebt worden, und zwar viel stärker als heutzutage. Die Sprecher für die damalige Zeit bezogen ihre Erkenntnisse aus inneren Erlebnissen, und nicht aus den äußeren wie die heutigen. Die Dichter der damaligen Zeit waren viel empfindsamer, weil sie aus einer ruhigen Kulturperiode kamen und nicht aus der abstumpfenden und menschenentwürdigenden Barbarei, aus der unsere Krise entstanden ist.

Sie können den Unterschied an der Reaktion der Dichter zu dem ersten und dem zweiten Weltkrieg ermessen. Damals stießen Barbusse, Douglas Goldenring, um nur zwei zu nennen — es waren mehr —, auch René Schickele gehörte dazu — einen Schrei des Entsetzens aus, daß so etwas menschenmöglich war. Die heutigen Schilderungen wissen uns zwar die gleichen oder noch größere Scheußlichkeiten zu berichten, aber die Haltung der Dichter ist anders. Sie geben uns keinen Aufschrei der gemarterten Menschenseele, sondern eine beinahe wissenschaftlich kühle Analyse, bis zu welchem Grade die Verrohung der Menschen gehen kann. Aus ihnen spricht ein anderes Verhalten zum menschlichen Leiden, eine andere Beziehung von Mensch zu Mensch. Und noch ein Unterschied: Die Generation des ersten Weltkrieges wird „die verlorene Generation“ genannt; nicht so die unsrige. Unsere Generation heißt international „die stumme Generation“, da sie eben nichts zu sagen weiß — und die Dichter der „verlorenen Generation“, soweit sie noch leben, sind zu der Generation der „Großväter“ hinaufgerückt.

Inzwischen haben die Fortschritte in der Biologie und Medizin im allgemeinen die Lebens- und Arbeitsfähigkeit der Menschen überraschend verlängert. In früheren Zeiten waren nur wenige der „Großväter“ in der Lage, ihre Zitadellen zu verteidigen. Heutzutage sind sie auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in leitenden Stellungen und halten die Zügel in der Hand. Es sind ihrer so viele da, daß sie bei Spitzenverhandlungen in der Politik, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und im kulturellen Leben völlig unter ihresgleichen sind, als ob die beiden anderen Generationen gar nicht existierten. In vieler Beziehung ist das begrüßenswert. In ihrer reichen Erfahrung und der Stetigkeit, mit der sie die Wechsel-

fälle des Lebens in den letzten 30 Jahren überstanden haben, liegt eine Garantie dafür, daß sie auch durch die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht aus ihrem Gleichgewicht gebracht werden, und daß unter ihrer Führung unsere Zeit nicht wieder aus den Fugen gerät. Aber durch sie, durch diese biologisch-medizinische Erscheinung, ist eine Anomalie in die geschichtliche Drei-Generationen-Folge hineingekommen. Normalerweise

ist das, was die 20jährigen vor sich sehen, das Werk der 40- und 50-jährigen. Die Gedanken und Institutionen, gegen die sie angehen möchten, sind vor einem oder zwei Jahrzehnten entstanden. Sie fühlen sich also dem Ganzen noch irgendwie verwandt, und was sie ändern wollen, sind gewisse Einzelzüge und nicht das Ganze.

Ständiges Wechselspiel der Kräfte

Ich muß hier zum klareren Verständnis etwas weiter ausgreifen, und Sie auf ein anderes, geschichtliches Phänomen aufmerksam machen: Das Leben ist in ständiger Bewegung auf allen Lebensgebieten und die geschichtliche Entwicklung ist, wie ich schon andeutete, eine Antwort auf die Anforderungen aus allen Gebieten. Aber die einzelnen Lebensgebiete entwickeln sich in verschiedenen Tempos. Sie befinden sich deshalb niemals auf dem gleichen Niveau. Zwischen diesen verschiedenen Lebensgebieten herrscht deshalb immer eine Spannung, und diese Spannung zwischen den einzelnen Lebensgebieten ist die eigentliche Ursache, die treibende Kraft, die alle geschichtliche Bewegung erzeugt. Sagen wir zum Beispiel, daß in irgend einem Zeitalter die sozialen Zustände unerträglich geworden sind. Es beginnen Aufstände, Unruhen und schließlich werden die sozialen Zustände geändert. In diesem Augenblick aber, in dem diese sozialen Zustände sich geändert haben, zeigt sich sofort, daß die wirtschaftlichen oder die politischen Zustände nicht mehr den neuen sozialen Zuständen entsprechen. Also müssen auch sie geändert werden. Und in dem Augenblick, in dem sie geändert werden, wirkt das wieder zurück auf die sozialen Zustände und verlangt deren Neuanpassung, weil die sozialen Zustände, die sich zuerst geändert hatten, nicht mehr diesen neuen politischen oder wirtschaftlichen Zuständen entsprechen. Es ist also ein ständiges Wechselspiel der Kräfte, und darin liegt die Erklärung, warum die sogenannten Erneuerer und Reformer auf einem Gebiete so oft hemmend und hindernd für die Entwicklung auf anderen Gebieten sind. Ihr Lebenswerk bestand darin, die Änderung auf einem bestimmten Gebiet zu erwirken. Wenn sie das erreicht haben, müssen Sie den Fortschritt auf anderen Gebieten befürchten, weil er neue Spannungen erzeugen und das von ihnen Erreichte gefährden würde. Deshalb, meine Damen und Herren, sehen Sie in der

Geschichte fortwährend, wie die siegreichen Revolutionäre zu Reaktionen werden. Jede neue Macht, selbst wenn sie im Namen der Freiheit an die Spitze gekommen ist, strebt sofort nach Diktatur, um ihre Freiheit zu beschützen. Das ist ein geschichtliches Gesetz.

Ferner haben die modernen Historiker festgestellt, wie im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung der erzielte Fortschritt auf irgendeinem Gebiet immer mit einem Rückschritt auf anderen Lebensgebieten bezahlt wird. Auch das ist verständlich, weil nämlich die Zivilisation immer von einer entsprechend kleinen Gruppe vorwärts getrieben wird. Die Anstrengung, den Fortschritt in irgendeinem Punkt, in irgendeiner Richtung zu erzielen, ist so groß, daß diese Gruppe nicht mehr zugleich das Niveau auf anderen Lebensgebieten kontrollieren kann, und wenn sie unkontrolliert sind, sinken diese Gebiete zurück auf ihren tieferen, primitiveren Zustand. Wir sind so stolz darauf, „wie herrlich weit wir es gebracht“ haben, daß wir jedes Zeitalter nach dem Gebiet benennen, auf dem sich die größte Wandlung vollzogen hat. Zum Beispiel: Die Renaissance, die Reformation, oder die Aufklärung. Wir denken nicht daran, wie diese Zeitalter auf anderen Gebieten aussahen. Um Sie daran zu erinnern; die Renaissance ist ja niemals in die breiten Massen gedrunken. Aber der moralische Niedergang und der rücksichtslose Egoismus, den sie mit sich brachte, ergriff die Massen, ergriff die ganze Generation. Also mit anderen Worten: An dem großen Fortschritt hatten die Massen nicht teilgenommen, sehr wohl aber an dem moralischen Niedergang. Oder denken Sie etwa daran, daß das 17. Jahrhundert, das für uns die Zeit von Galilei, Keppler, Newton ist, in der unser stolzes, naturwissenschaftliches Weltbild begründet wurde, zugleich das Zeitalter der meisten Hexenprozesse und Hexenverbrennungen war. Aber daran denken wir gewöhnlich nicht.

Das technische Zeitalter

In genau dem gleichen Sinne und mit der gleichen Berechtigung wird unser Zeitalter das technische genannt. Es liegt mir fern, die Technik irgendwie verunglimpfen zu wollen; sie hat mit ihren Massenproduktionsmethoden zum ersten Male in der Geschichte der Menschheit das Herstellungsproblem zur Befriedigung der Massenbedürfnisse gelöst. Sie hat einen ungeahnten materiellen Wohlstand gebracht. Die Großväter nun, die jetzt die Welt leiten, haben ihr Lebensbild in der Zeit der Jahrhundertwende geformt, als die Technik sich zu ihrer größten Expansion anschickte. Aber es wurde ihnen verwehrt, ihre geistigen Ideen und Ansichten in die Praxis umzusetzen, als sie die Generation der Väter waren, weil die Mehrzahl dieser Generation in die totalitäre Denkweise absank. Und so führen sie ihre Anschauungen erst jetzt im Zeichen der Einrichtungen und Institutionen durch, die für den Zustand vor 50 Jahren richtig waren. Infolgedessen steht die heutige Jugend vor Einrichtungen, die nicht wie gewöhnlich vor 10 oder 20 Jahren geschaffen worden sind, sondern vor 50 Jahren und deshalb hat sie keine innere Beziehung mehr zu dem heutigen Weltbild.

Zum Beispiel wird die Innenpolitik heutzutage zum großen Teil — und ich spreche nicht nur von Deutschland, ich spreche immer von ganz Europa — im Zeichen des pro oder contra der Gewerkschaftspolitik gemacht. Aber diese Stellungnahme hat jeden Sinn verloren in einem Zeitalter, in dem die technische und wirtschaftliche Entwicklung die Proletarier und den Mittelstand sich in dem Massenmenschen verschmelzen ließ. Und dieser Massenmensch ist nicht deklariert, sondern steht im Zentrum der Werbung aller Industrie und allen Handels, die sich

darum bemühen, seine Wünsche nicht nur zu erfüllen, sondern ihm sogar zu sagen, was er wünschen soll. Und so hören Sie, in welchem Lande Sie auch mit alten Gewerkschaftsführern sprechen, nichts als Klagen über die Teilnahmslosigkeit der Jugend an ihren Bestrebungen und Zielen, außer natürlich für Lohnerhöhungen. Aber das liegt nicht an einer allgemeinen Interessenlosigkeit der Jugend, sondern daran, daß die alten Ideen, die während der Großväterzeit Geltung hatten, nicht mehr den jetzigen Lebensforderungen entsprechen und die Gewerkschaftsleiter ihr keine neuen Ziele gegeben haben, die ihre Phantasie gepackt hätten.

Das Gleiche gilt auf dem Gebiet der Außenpolitik. Die Außenpolitik wird immer noch als ein Konkurrenzkampf der Nationalwirtschaften geführt, wobei jede Nationalwirtschaft die andere ins Hintertreffen drängen möchte, und das zu einem Zeitpunkt, wo die sozialen, technischen und wirtschaftlichen Bedingungen nicht Konkurrenz, sondern Zusammenarbeit verlangen. Denn jede Erschütterung irgendeiner nationalen Wirtschaft schlägt jetzt auf uns zurück, da die Arbeitslosigkeit und Verarmung, die sie dort bringt, alle anderen Länder eines Marktes und Millionen von Kunden beraubt. Wir können nicht mehr, wie noch vor einem halben Jahrhundert, Reichtum in einem Lande inmitten allgemeiner Armut aufbauen, und auf die Dauer erhalten. Unser Wohlstand hängt von dem Wohlstand der ganzen Welt ab. Der Lebensstandard aller Völker ist eine Angelegenheit geworden, um die wir uns kümmern müssen. Aber wo geschieht das in der Praxis?

Und so sehen wir, daß unter der Führung der „Großväter“, deren Ideen 50 Jahre alt sind, die Lebensentwicklung sich retardiert. Es klingt

gewiß sonderbar, wenn ich sage, daß in unserer Zeit, in der wir das Gefühl haben, immer schneller und schneller zu leben, so daß es uns vor der Schnelligkeit des Wechsels schwindelt, sich das Entwicklungstempo verlangsamt hat. Aber wir leben schneller nur im technischen Sinn. Die Technik rast mit uns davon und wir können ihr Tempo nicht

verlangsamen. Und wir können wiederum auf anderen Gebieten, dem politischen, dem sozialen, dem moralischen mit der Technik nicht Schritt halten. Dadurch wird unsere ganze Weltanschauung, mit Ausnahme der Technik, der Jugend von heute fremd. Sie hat keine Beziehung zu der Weltanschauung, die 50 Jahre alt ist.

Es gibt nirgendwo etwas „Heutiges“

Nun, die Jugend ist dabei, sich ihr Lebensbild zu formen, das morgen repräsentativ sein wird. Was können wir ihr als typisch und repräsentativ für heute nennen außer Düsenflugzeugen, Fernsehen, Atomzertrümmerung und ähnlichem? Die geistige Entwicklung, die sich in den 20er Jahren in der Philosophie, in der Literatur, in der Kunst anbahnte, hat sich nirgends ausgewirkt. Es gibt nirgendwo etwas Heutiges. Die Ursache hierfür aber ist meines Erachtens in der Gegebenheit zu sehen, daß die Generation der heutigen „Väter“ in ihrer Formungszeit den Irrweg in den Totalitarismus einschlug. Diese Generation ist gescheitert und sie zahlt dafür damit, daß sie die Generation der Unerwünschten geworden ist. Wenn heutzutage nicht nur der 50-jährige, sondern auch ein 40-jähriger irgendwo seine Stellung verliert, hat er kaum noch Hoffnung, eine neue entsprechende zu bekommen. Einige technische Gründe sind mit daran schuld, zum Beispiel unsere Massen-Herstellungweise, die keine besonderen Vorkenntnisse braucht. Gewisse soziale Einrichtungen, wie Pauschalversicherungen, Gehaltserhöhungen nach Dienstjahren etc. tragen dazu bei, daß es schwerer wird, die älteren Leute in unsere industrielle und wirtschaftliche Struktur einzugliedern. Aber das Ergebnis ist, daß die Generation, die geschichtlich heute die maßgebliche hätte sein sollen, keine zeitgemäßen Ideen und Anschauungen zu bieten hat. Sie kann diese nicht entwickeln, weil sie fühlt, daß sie unerwünscht ist, daß sie gescheitert ist, daß sie eigentlich gnadenhalber in den mittleren Stellungen gehalten wird, die sie zufällig erreicht hat. Ihre Weltanschauung ist daher eine Anschauung der vereitelten Hoffnungen oder der Resignation. Ein dichterisches Beispiel dieses Bildes der mittleren Generation ist das bekannte Werk von Arthur Miller „Der Tod eines Handlungsreisenden“. Nun, meine Damen und Herren, die Vertreter dieser Generation können entweder nicht umlernen, oder sie wissen nicht wie; oder sie wollen es nicht, weil das, was die Großväter jetzt wieder aufbauen, in ihrer Formungszeit, in der Formungsperiode ihrer Jugend in toto abgelehnt wurde — durch den totalen Staat. Es ist deshalb für sie außerordentlich schwer, das Gute daran anzuerkennen und aufzunehmen und wesentliche Verbesserungen und Anpassungen an die veränderten Lebensumstände im detail auszuarbeiten. Und so sehen wir, daß dort, wo wir heutzutage eine repräsentative gei-

stige Welt suchen sollten, eine Leere klafft. Ich weiß, daß ich hierbei verallgemeinere, daß in jedem Jahrgang dieser mittleren Generation vielleicht tausende Menschen sind, die sich um ein neues Zurechtfinden bemühen, oder denen dieses Zurechtfinden bereits gelungen ist; daß manche in einem kleinen Umkreis mit Erfolg arbeiten und wirken, aber es gibt noch in keinem europäischen Lande eine geistige Schicht, die für die Vätergeneration repräsentativ sprechen könnte.

Außerdem ist die Bildung einer solchen Schicht dadurch erschwert, daß diese Generation, teilweise sogar in beiden Weltkriegen, dezimiert worden ist, und daß sich zweitens ihre Anschauungen nach dem geschichtlichen Gesetz in einer anderen Richtung als die Ansichten der herrschenden Schicht der „Großväter“ bewegen müssen. Also ziehen die „Großväter“ vor, sie nach Möglichkeit zu übergehen und lieber gleich die „Enkel“ heranzuziehen und sie gleich zu ihren Nachfolgern zu trainieren, in dem Glauben, daß diese Enkel, die sich jetzt in der Formungsperiode befinden, ihr Werk in ihrem Sinne weiterführen werden.

Aber man kann eine Generation nicht ungestraft überspringen. Die sich in der Formung befindlichen „Enkel“, die jetzt in allen Berufen emporsteigen, sind sehr wohl fähig, im Technischen und Wirtschaftlichen ihre Aufgabe zu erfüllen. Diese beiden Gebiete haben sich ja fortwährend weiter entwickelt. Aber diese „Enkel“ finden nichts, wonach sie sich geistig, sozial, kulturell oder auch politisch richten könnten, um ein der Technik und der Wirtschaft von heute gemäßes Bild zu schaffen. Da klafft eine Lücke. Und so stehen diese „Enkel“ vor zwei Möglichkeiten. Entweder sie verzichten auf allen sogenannten ideellen und kulturellen Nonsense und sorgen für das eigene, materielle Wohlbefinden. Sie mögen dabei recht gut fahren. Aber ein Bild dessen, was uns dann erwartet, zeigen in etwas scharf ausgedrückter Form die Bücher von Orwell, Huxley usw., die zwar einen ungewöhnlichen technischen Fortschritt, aber ein menschenunwürdiges Dasein schildern. — Oder aber diese Enkel müssen in Bausch und Bogen das ganze heutige System verdammen, das keinen Ausgleich zwischen den wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen und Möglichkeiten und den menschlichen geistig-kulturellen Ansprüchen findet.

Die Diktatur der Massen

Nun, wir stehen im Jahre 1954. Aber dieses Jahr 1954 wird ganz anders gesehen und empfunden von den „Großvätern“, den „Vätern“ und den „Söhnen“. Die „Großväter“ sorgen für die Stabilität und Erhaltung der Einrichtungen und Institutionen ihrer eigenen Jugend und bewahren uns vor weiteren Erschütterungen. Die „Väter“, die das Ganze abgelehnt haben, sind gescheitert. Sie haben nichts hervorgebracht, was das Abgelehnte hätte ersetzen können. Ein Teil von ihnen hat resigniert, ein anderer grollt. Die „Söhne“, — sie sehen, daß die Väter gescheitert sind. Sie sehen für sich die Möglichkeit eines ganz frühen Vorwärtkommens und Aufsteigens, und natürlich ergreifen sie die günstige Gelegenheit, falls sie nicht aus ideellen Gründen das Gesamte ablehnen. Und nun, meine Damen und Herren, lassen wir ein oder zwei Jahrzehnte vergehen. Die jetzigen Großväter werden ausgestorben sein. Die jetzigen gescheiterten Väter werden in die Großväter-Generation hineingerückt sein. Die jetzt Resignierenden werden keine typischen Einrichtungen, keine festen Standpunkte zu verteidigen haben. Die jetzt Grollenden werden den Weg frei sehen, oder glauben, den Weg freizusehen für einen neuen Vorstoß. Und falls wir nicht vorsichtig sind und nicht rechtzeitig Vorkehrungen treffen, mögen sie vielleicht die besten Teile der gegenwärtigen Jugend auf ihrer Seite haben, der Jugend,

die jetzt aus ideellen Gründen unser System, das die verschiedenen Lebensgebiete nicht miteinander in Beziehung bringen kann, verdammt. Sie werden vielleicht Verbündete sein, weil diese Jugend keinen Weg weiter sieht. Die Opportunisten unter der heutigen Jugend, die prinzipiell nur auf ihr persönliches, materielles Fortkommen bedacht sind, werden sich natürlich auf die Seite schlagen, die ihnen die größten Vorteile verspricht. Wir sahen, daß der totalitäre Rückschlag eine tiefere Stufe war in der Richtung des geschichtlichen Pendelschwungs, der 50 Jahre früher den Konservatismus gebracht hatte. Welche Folgen dieser neue Pendelrückschlag in 10 oder 20 Jahren haben wird, können wir nicht einmal ahnen, da die Vernichtungsmittel, die dann den Menschen zur Verfügung stehen werden, noch unfaßbar sind. Und wenn der Verrohung und Gleichgültigkeit der Massen nicht Halt geboten wird, gibt es nichts, was sie davon abhalten könnte, diese Mittel gegen ihre Mitmenschen anzuwenden, es sei denn die Angst vor Vergeltung.

Das vielleicht wichtigste Merkmal unserer westlichen Zivilisation, das sie vor den anderen Zivilisationen auszeichnet und einzigartig in der ganzen Geschichte macht, war die Anerkennung des individuellen Wertes, des freien Denkens, und der Berechtigung der persönlichen Ideen und der freien Kritik sowie des persönlichen Widerstandes gegen bestehende Ein-

richtungen. Das Alles ist jetzt im Schwinden unter der fortschreitenden Angleichung und Typisierung des Geschmacks, der Anschauungen und der Ziele des Massenmenschen. Es ist direkt verwunderlich, daß in dem Massenmenschen immer noch ein „uncommon man“ vorhanden ist, lebt, und sich dagegen auflehnt, Massenmensch zu sein. Das ist ein Zeichen, daß die sogenannten Zauberer von heute, die Reklamechefs, die auf allen Klaviaturen der verschiedenen Wünsche und Sehnsüchte spielen, nur Zauberlehrlinge sind, wenn sie trotz aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, unsere Persönlichkeit noch nicht völlig auslöschen konnten. Aber trotz ihrer Unzulänglichkeit setzt sich eine immer stärkere Diktatur der Massen durch. Eine Diktatur, die jeden Andersdenkenden nicht nur vernichtet — das wurde immer versucht — sondern gar nicht erst in Erscheinung treten läßt. Meine Damen und Herren, welche Zeitung, welcher Verleger, welches Theater wagen noch eine eigene Meinung, eine der Allgemeinheit zuwiderlaufende Stimme laut werden zu lassen? Unter diesen Umständen sucht der einzelne sich im allgemeinen der Masse anzupassen. Er darf als Spezialist vielleicht auf seinem eigenen Spezialgebiet eine eigene Meinung haben, aber sonst wird die geistige Elite immer unbeliebter. Und so entsteht die Frage, wohin das in 10 bis 20 Jahren, wenn der geschichtliche Pendelrückschlag kommt, führen wird.

Aber nehmen wir einmal ruhig an, daß unsere Zivilisation über diese Erscheinungen hinwegkommt. Nehmen wir an, daß sie den nächsten Rückschlag überstehen wird und sogar unzerstört übersteht. Dann wird unsere Jugend, die schon so frühzeitig in die leitenden Stellungen aufzurücken beginnt, nicht wie sonst für eine Generationsdauer, sondern für zwei Generationen lang die Zügel in der Hand behalten. Sie wird um 1970 das Weltbild als die Generation der „Väter“ bestimmen und um das Jahr 2000 ihr Weltbild als die Generation der „Großväter“ verteidigen. Nun

haben wir aber gesehen, daß die Anschauungen, die der Mensch in seiner geistigen Formungsperiode als 20- und 30jähriger sich bildet, im großen und ganzen richtunggebend für sein Leben bleiben, wie wir es jetzt an unseren Großvätern beobachten. Das heißt, daß die Ideen, die die Jugend heute empfängt und sich aneignet, die Weltanschauung bestimmen werden, die das 21. Jahrhundert einleiten wird. Mit anderen Worten: Von dem, was wir heute der Jugend an ideellen und kulturellen Werten mitgeben können, wird das Gesicht des 21. Jahrhunderts abhängen.

Es würde jedoch eine vergebliche Mühe sein, wenn wir der Jugend etwas zu geben versuchten, was sie nicht als wesensverwandt, als heutig empfindet. Wenn sie es hinnehmen, verteidigen, daran weiter arbeiten, es vielleicht verbessern und den sich ändernden Lebensumständen anpassen soll, wie das geschichtlich sein muß, so können das nur zeitgemäße Prinzipien sein, die dem eigenen Drang dieser Jugend wesensverwandt sind. Wer kann sie entwickeln? Ich deutete vorhin an, daß es in der Vätergeneration zweifellos viele Menschen gibt, denen ein Sichzurechtfinden unter den neuen Umständen gelungen ist; daß sie sicherlich in einem kleineren Umkreis mit Erfolg wirken. Aber die Aufgabe, sie zu einer tragenden, repräsentativen Schicht zusammenzufassen, ist noch in keinem Lande gelungen. Von dem Gelingen dieser Aufgabe hängt unsere Zukunft ab.

Anmerkung

Friedrich August von der Heydte, Dr. jur. et rer. pol., oö. Professor für öffentliches Recht, Universität Mainz, Direktor des Instituts für Staatslehre und Politik e. V. Mainz. Geb. in München 30. 3. 1907.

Michael Prawdin, Schriftsteller, russischer Emigrant, lebte nach dem 1. Weltkrieg lange Jahre in Deutschland und seit 1932 in England. Verfasser u. a. des in 24 Fremdsprachen übersetzten „DSCHINGIS KHAN“.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Chester Bowles: „Zweiparteienpolitik für Asien“
- Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck-Gördeler
-Verschwörung“
- W. Averell Harriman: „Die Führung in der Weltpolitik“
- Kurt Georg Kiesinger: „Haben wir noch den Bürger?
Die Problematik des Parteienstaates“
- Helmut Krausnick: „Vorgeschichte der militärischen
Widerstandsbewegung bis zum
Ausbruch des 2. Weltkrieges“
- Richard Loewenthal: „Zwischen Dulles und Nehru“
- G. W. Overdijkink: „Die Bodenreform in China“
- Kurt Sendtner: „Die militärische
Widerstandsbewegung
vom Ausbruch des 2. Weltkrieges
bis zum Beginn des Westfeldzuges“
- Bernhard Wegmann: „Die Ost-West-Spannung in der
Weltpolitik“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- . . . „Urkunden zur Judenpolitik“
-
-